

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Mitringshaus, Berlin.
Fernsprecher: Hans Dünhoff 4196/4195



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 5
Druckanschrift: Copalstr.

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abdruckung beiderseits 4 Wochen vor dem Drucktermin, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 25. März 1930

Selbstentlarvung.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Die Schwenkung der kommunistischen Partei.

SPD. Die Zentrale der kommunistischen Partei hat am 20. und 21. März 1930 unter tatkräftiger Assistenz eines bewährten Turkestaners eine Resolution fabriziert, in der sie ihre auf Befehl Stalins vollzogene Schwenkung öffentlich bekannt gibt. Die Resolution versichert, dass die KPD nunmehr energisch den Kampf um die Mehrheit des Proletariats aufnehmen werde, dass eine Wendung zur Massenarbeit vorgenommen werden müsse, dass eine weitgehende Einbeziehung der sozialdemokratischen Arbeiter in die "revolutionäre Einheitsfront" wesentlichster Zielpunkt des neuen Kurses sei. Wir haben bisher aus den Spalten der kommunistischen Presse gehört, dass die KPD in siegreichem Vormarsch sei, dass die Massen der deutschen Arbeiterschaft ihrer Führung folgten, wir haben gelesen, dass in Deutschland eine unmittelbare revolutionäre Situation bestehe, und nun: Einheitsfront! Die Lügenblasen sind zerplatzt.

Zwischen Putschismus und Einheitsfront pendelt die politische Kunst der KPD hin und her. Wenn die Einheitsfront-Taktik - wer lacht nicht in der deutschen Arbeiterschaft, wenn die Kommunisten wieder einmal die Einheitsfront proklamieren? - mit dem Fehlschlag endet, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter auf den verlogenen und plumpen Schwindel der Einheitsfrontagitiation mit Hohnlachen antworten, dann setzt die KPD ihre Hoffnung auf putschistische Experimente, auf die verbrecherische Taktik der Provokation, und schliesslich auf die Unorganisierten, die Gelben. Die Mobilmachung der Unorganisierten gegen die Gewerkschaften und der verbrecherische Putschismus gehen immer Hand in Hand. Sie entspringen beide der gleichen Wurzel, der Verzweiflung über die Tatsache, dass die Arbeiterschaft der Sozialdemokratie folgt, nicht der KPD. Wenn dann die Spekulation auf die Unorganisierten und der Putschismus krachend zusammenbrechen, dann fängt das Spiel von vorne wieder an mit der Einheitsfronttaktik.

An diesem Punkte ist die KPD wieder einmal angelangt. Was war ihre Taktik bisher? Die Parole gegen die Gewerkschaften, die Beschimpfung gewerkschaftstreuer und sozialdemokratischer Arbeiter als Klassenfeinde und Streikbrecher. Das Geschrei von der unmittelbar revolutionären Situation mit praktischem Putschismus in Verbindung mit dem politischen und kriminellen Rowdytum. Die Sehnsucht nach der Illegalität, die praktische Vorbereitung zum Verschwörertum, Beweis die Absicht, die Parteibetriebe der KPD zu verramschen.

Worin besteht die Schwenkung und was wird künftig die Taktik der Kommunisten sein? Die Resolution der Zentrale der KPD verkündet:

"Die selbständige Führung der Massenkämpfe ist undenkbar ohne den entschlossenen unversöhnlichsten Kampf :

1. gegen die grösste Gefahr, die Hauptgefahr des rechten Opportunismus, der die Festigung der kapitalistischen Stabilisierung propagiert, das Anwachsen des

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kippinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Axel Döbhoff 4106/4108



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Delft-Wilhelm-Platz 8
Druckanschrift: Copalbau

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung bedarf 4 Wochen vor dem Druckantrag, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 25. März 1930

Selbstentlarvung.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

Die Schwenkung der kommunistischen Partei.

SPD. Die Zentrale der kommunistischen Partei hat am 20. und 21. März 1930 unter tatkräftiger Assistenz eines bewährten Turkestaners eine Resolution fabriziert, in der sie ihre auf Befehl Stalins vollzogene Schwenkung öffentlich bekannt gibt. Die Resolution versichert, dass die KPD nunmehr energisch den Kampf um die Mehrheit des Proletariats aufnehmen werde, dass eine Wendung zur Massennarbeit vorgenommen werden müsse, dass eine weitgehende Einbeziehung der sozialdemokratischen Arbeiter in die "revolutionäre Einheitsfront" wesentlichster Zielpunkt des neuen Kurses sei. Wir haben bisher aus den Spalten der kommunistischen Presse gehört, dass die KPD in siegreichem Vormarsch sei, dass die Massen der deutschen Arbeiterschaft ihrer Führung folgten, wir haben gelesen, dass in Deutschland eine unmittelbare revolutionäre Situation bestehe, und nun: Einheitsfront! Die Lügenblasen sind zerplatzt.

Zwischen Putschismus und Einheitsfront pendelt die politische Kunst der KPD hin und her. Wenn die Einheitsfront-Taktik - wer lacht nicht in der deutschen Arbeiterschaft, wenn die Kommunisten wieder einmal die Einheitsfront proklamieren? - mit dem Fehlschlag endet, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter auf den verlogenen und plumpen Schwindel der Einheitsfrontagitiation mit Hohnlachen antworten, dann setzt die KPD ihre Hoffnung auf putschistische Experimente, auf die verbrecherische Taktik der Provokation, und schliesslich auf die Unorganisierten, die Gelben. Die Mobilmachung der Unorganisierten gegen die Gewerkschaften und der verbrecherische Putschismus gehen immer Hand in Hand. Sie entspringen beide der gleichen Wurzel, der Verzweiflung über die Tatsache, dass die Arbeiterschaft der Sozialdemokratie folgt, nicht der KPD. Wenn dann die Spekulation auf die Unorganisierten und der Putschismus krachend zusammenbrechen, dann fängt das Spiel von vorne wieder an mit der Einheitsfronttaktik.

An diesem Punkte ist die KPD wieder einmal angelangt. Was war ihre Taktik bisher? Die Parole gegen die Gewerkschaften, die Beschimpfung gewerkschaftstreuer und sozialdemokratischer Arbeiter als Klassenfeinde und Streikbrecher. Das Geschrei von der unmittelbar revolutionären Situation mit praktischem Putschismus in Verbindung mit dem politischen und kriminellen Rowdytum. Die Sehnsucht nach der Illegalität, die praktische Vorbereitung zum Verschwörertum, Beweis die Absicht, die Parteibetriebe der KPD zu verramschen.

Worin besteht die Schwenkung und was wird künftig die Taktik der Kommunisten sein? Die Resolution der Zentrale der KPD verkündet:

"Die selbständige Führung der Massenkämpfe ist undenkbar ohne den entschlossenen unversöhnlichsten Kampf :

1. gegen die grösste Gefahr, die Hauptgefahr des rechten Opportunismus, der die Festigung der kapitalistischen Stabilisierung propagiert, das Anwachsen des

revolutionären Aufschwunges und die Zunahme der Kriegsgefahr leugnet, die selbständige Taktik der Kommunistischen Partei in der Gewerkschaftsführung und die selbständige Führung der Massenkämpfe ablehnt, die Kommunisten an den sozialfaschistischen Gewerkschaftsapparat zu fesseln versucht, die Einheitsfront der Kommunisten mit der konterrevolutionären Sozialdemokratie predigt und sich aktiv an der Hetze gegen den Kommunismus und die Sowjetunion beteiligt. Der rechte Opportunismus wird nicht nur durch den parteifeindlichen Brandlerismus und das Versöhnertum verkörpert, sondern auch durch den Opportunismus in der praktischen Arbeit.

2. Gegen das mit linken Phrasen und scheinradikalem Geschrei maskierte Sektierertum, das den Kampf um die proletarische Einheitsfront von unten, um die Losreissung der sozialdemokratischen Arbeitermassen vom Einfluss ihrer sozialfaschistischen Führerschaft ablehnt oder vernachlässigt, die Arbeit der Kommunisten innerhalb der reformistischen Gewerkschaften unterschätzt, den Kampf um die Tagesforderungen und Tagesinteressen der Arbeiterschaft abschwächt, auf die entschlossene Verteidigung der Legalität der Kommunistischen Partei angesichts der feindlichen Verfolgungen verzichtet und die Taktik der Führung der Arbeitermassen durch eine Taktik der Isolierung der Arbeitermassen, die wirkliche Organisierung des Massenkampfes durch leere Phrasen über den Massenkampf ersetzt."

Der erste Punkt widerspricht dem zweiten. Der erste Punkt wendet sich gegen die kommunistischen Funktionäre, die die Wahnsinnstaktik des Angriffs auf die Gewerkschaften mit Hilfe der Unorganisierten bekämpft haben - der zweite Punkt aber verdammt die, die diese Taktik betrieben haben!

Punkt zwei ist im übrigen deutlich. Es ist eine unverhohlene Absage an den Putschismus, an die Politik der Verramschung der kommunistischen Betriebe, eine saftige Ohrfeige an die gesamte kommunistische Presse und ihr grossmäulig-hysterisches Geschrei. Punkt zwei ist sozusagen die Wiederholung aller Anklagen, die die ausserhalb der KPD stehende Rechtsopposition um Brandler in den letzten Monaten gegen die Partei gehäuft hat. Eben deswegen wird in Punkt eins Brandler mit den Seinen noch einmal verdammt, und jeder "Versöhnler" hinzu!

Also wird die kommunistische Zentrale das Spiel Stalins wiederholen, der Trotzki verbannte, dann aber sein Programm durchführte? Sie wird den Kurs Brandlers einschlagen, aber Brandler noch tiefer verdammen, nachdem sie sein Programm gestohlen hat? Sie möchte es - aber mit linken Atrappen! Sie predigt die Nichtigkeit der Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften, aber gleichzeitig auch die Notwendigkeit von Organisationsbildung gegen die Gewerkschaften. Mit den Unorganisierten gegen die Gewerkschaften von aussen - in den Gewerkschaften gegen die Gewerkschaften von innen! Die Verbindung der gelben Taktik Merkers mit der mit der Einheitsfronttaktik Brandlers: das ist das Glanzstück dieser Schwenkung

Es ist eine dummschlaue Spekulation von politischen Hohlköpfen, die niemals verstehen werden, dass sie unter der öffentlichen Kontrolle der gesamten Arbeiterbewegung stehen, und dass ihr Einheitsfrontschwandel von heute durch ihre Taten von gestern hinreichend charakterisiert ist! Der Zusammenbruch ihrer putschistischen Experimente und des Spiels mit den "roten Betriebsräten" ist offenkundig, ihre Isolierung von der Arbeiterschaft tritt täglich stärker hervor. Die Verzweiflung ist gross darüber, dass die "revolutionären Unorganisierten" glänzend versagt haben, und siehe da, die Blicke der kommunistischen Zentrale richten sich wieder begehrllich und neidvoll - auf die sozialdemokratischen Arbeiter! Einheitsfront! Statt Streikbrecher und Klassenfeind und Sozialfaschist wird es nun wieder heissen: unsere sozialdemokratischen Brüder. Es wird sich gut ausnehmen im Munde der kommunistischen Agitatoren! Aber keiner wird darauf hineinfliegen!

Ob Putschismus oder Einheitsfronttaktik: das Ziel ist die Zerstörung der mächtvoll organisierten deutschen Arbeiterbewegung im Interesse der russischen Politik. Dies Ziel werden sie weder auf dem einen noch auf dem anderen Wege erreichen, mögen sie auch noch so sehr strampeln, und daran mögen sie verzweifeln!

SPD. Bukarest, 25. März (Eig. Drahtb.)

Die Polizei verhaftete den Bürgermeister der bessarabischen Stadt Ctiuleni als er im Begriff stand den Dnestr zu überqueren und das russische Ufer zu erreichen. Der Bürgermeister, der in dem Boot nicht vermutet und völlig überraschend festgenommen wurde, war im Besitz einer verschlossenen Aktentasche, in der sich zahlreiches Spionagematerial zugunsten Sowjetrusslands befand. Der Bürgermeister erklärte, das Material von einem hohen Offizier erhalten zu haben. So gelang es eine umfangreiche von Russland ausgehaltene Spionageorganisation zu entdecken, der zahlreiche hohe Offiziere der rumänischen Armee angehörten. Die Organisation lieferte den Bolschewisten vor allem Material über die Gliederung, Zusammensetzung und Ausrüstung der rumänischen Regimenter.

SPD. Das Tagesorgan der kommunistischen Rechtsopposition behauptet, dass das ZK der KPD "Abteilungen zu besonderen Verwendungen" organisiert habe, deren Aufgabe darin bestehe, mit Messer und Schlagringen über die Opposition herzufallen. Ausführende seien dunkle Gestalten vom Schlage "Alis und Eierschlamm", die auf Befehl unkontrollierbarer Stellen handelten. Das Brandlerblatt klagt hierüber wie folgt :

"Das halten sie für Kommunismus, etwas anderes kennen sie nicht. In Wirklichkeit ist der Gedanke des Kommunismus und die kommunistische Organisation noch nie tiefer in den Schmutz getreten worden als durch die planmässige Schaffung und Aufhetzung der Provokateurgruppen, die diese Überfälle ausgeführt haben."

Wie es in der "durch und durch korrumpierten Führung der KPD" aussieht, schildert dasselbe Organ in dieser Weise :

"In den oberen Regionen der Kommunistischen Partei herrscht wieder einmal der Gesinnungsschnupfen. Das ist eine Krankheit, die alle diejenigen befällt, die der neue Wind aus Moskau berührt, aber noch nicht völlig umgestimmt hat. Also gewissermassen eine Übergangskrankheit, deren Ausserungsformen verschieden sind, aber alle auf das eine hinauslaufen: unter keinen Umständen den Anschluss zu verpassen. Und sich solange tot zu stellen, bis man genau weiss, was von drüben eigentlich "konkret" gewünscht wird. Die Zwischenzeit muss jedoch irgendwie ausgefüllt werden. Die Pleite bei den Wahlen der Roten Betriebsräte vollzieht sich ohne weiteres Zutun, der 6. März ist vorbei und der 1. Mai ist doch noch zu fern, um sich mit ihm allein die Zeit zu vertreiben. Ausserdem ist das Demonstrationsverbot aufgehoben, und vom nächsten Pappsarg, den man durch die Strassen tragen könnte, ist noch ungewiss, wer ihn füllen soll.
Kommunisten im Spiegel von Kommunisten...

SPD. Wien, 25. März (Eig. Drahtb.)

Der Kampf um das Anti-Terrorgesetz scheint seinem Ende entgegenzugehen. In der Dienstsitzung des Justizausschusses schlug Bundeskanzler Schober vor, einen Unterausschuss einzusetzen, um der allgemeinen Aufregung und Unruhe ein Ende zu machen. Diesem Ausschuss soll eine kurze Frist zur Berichterstattung eingeräumt werden. Man hofft, dass er bald zu einem Kompromiss kommt.

Im Namen der Sozialdemokraten erklärte sich Dr. Bauer mit einer Unterbrechung der Generaldebatte und der Einsetzung eines Unterausschusses einverstanden.

SPD. Essen, 25. März (Eig. Drahtb.)

Die Verschmelzung der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. und der Essener Steinkohle wurde von den Generalversammlungen der beiden Gesellschaften ohne Erörterung genehmigt. Damit ist die Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. zu einer bedeutenden Zechengesellschaft geworden, die 40 % der Aktien der Vereinigten Stahlwerke besitzt. Im Kohlensyndikat steht Gelsenkirchen jetzt mit 8,7 Millionen Tonnen Beteiligung an dritter Stelle.

SPD. Das jetzt im Wortlaut vorliegende deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen ermöglicht einen Überblick über die Einzelheiten des wichtigen Vertragswerkes.

Von den allgemeinen Bestimmungen des Wirtschaftsabkommens ist vor allem die rechtliche Festlegung des Niederlassungsrechtes für Deutsche und deutsche Gesellschaften in Polen wichtig. Auf zivil-, handels- und steuerrechtlichem Gebiet werden in Zukunft Deutsche und deutsche Gesellschaften nicht schlechter gestellt sein als die Inländer. Sie genießen durch die Meistbegünstigung alle Rechte, die einer anderen Nation von Polen eingeräumt sind. Mit dem Fortfall der gegenseitigen Kampfmassnahmen werden auch die bisher bestehenden Beschränkungen für den Durchfuhr- und Transithandel aufgehoben. Da bisher auch für alle Waren ausländischen Ursprungs, die das deutsche Gebiet passierten, die polnischen Kampfmassnahmen galten, war die früher umfangreiche Warenvermittlung deutscher Handelsfirmen für den polnischen Bedarf ausserordentlich eingeschränkt und teilweise ganz unterbunden worden. In Zukunft dürften die deutschen Importfirmen und Grosshandelsgeschäfte - die Bremer Baumwollimporteure, der Hamburger Importhandel, der Leipziger und nicht zuletzt der schlesische Grosshandel - auch wieder in stärkerem Masse den Einkauf von Rohstoffen, Kolonialwaren etc. für den polnischen Markt beworgen. Die deutschen Schiffahrtsgesellschaften sind ferner für den polnischen Auswandererverkehr zugelassen (zirka 60 000 Polen wandern alljährlich nach Übersee aus).

Für den deutschen Export sind die Erleichterungen, die in Zukunft für die in Polen nicht hergestellten Maschinen und Apparate gewährt werden, sowie die im einzelnen festgelegten Einfuhrkontingente für diejenigen Waren, deren Einfuhr in Polen bisher noch einem Einfuhrverbot unterliegt, von besonderer Bedeutung. Die polnische Regierung hat die Ermächtigung, auf alle Maschinen, die nicht in Polen hergestellt werden, einen Nachlass von 75 % der Zollsätze zu gewähren. Diese Vergünstigung ist während des Zollkrieges nur für einen beschränkten Teil der deutschen Maschineneinfuhr gewährt worden. Nunmehr sind in dem Wirtschaftsabkommen die Maschinengruppen, die diese Zollerleichterung erhalten, listenmässig festgelegt; damit dürfte in Zukunft dem deutschen Maschinenexport wesentlich der Absatz nach Polen erleichtert werden. Polen besitzt heute noch ein umfangreiches und lästiges System von Einfuhrverboten, das sich nicht nur auf Luxusgüter und teure Nahrungsmittel erstreckt, sondern auch zahlreiche Gebrauchsgegenstände umfasst. Für die Einfuhr mussten bisher von Fall zu Fall Genehmigungen eingeholt werden. Nunmehr sind fast für alle Waren, an denen der deutsche Export interessiert ist, Einfuhrkontingente in wenigstens bescheidenem Umfange festgelegt, so z.B. für Personenwagen rund 1200 Stück, für Klaviere 1000 Stück, für Porzellanwaren 7000 Doppelzentner, ferner für feinere Gewebe, Konfektion, Hüte, Spielzeug, kosmetische Waren, Obst, Wein, Delikatessen etc. Durch diese Kontingente wird den genannten Ausfuhrindustrien der Absatz nach Polen geebnet.

Die Einfuhr polnischer Schweine und die Kohleneinfuhr wird in sehr detaillierten Bestimmungen geregelt. Lebende Schweine dürfen nur über die Seegrenzschlachthäuser eingeführt und die geschlachteten Schweine müssen von dort aus an Fleischwarenfabriken geliefert werden. Schweinefleisch ist auf dem Landwege nur über einige wenige zugelassene Grenzzollämter einzuführen und darf nicht

zur Belieferung an die grossen Fleischmärkte gehen, um jede Beunruhigung der Märkte und der Preisnotierungen durch das polnische Angebot auszuschalten. Die polnische Kohleneinfuhr darf gleichfalls nicht zu einer Preisunterbietung führen. Die privaten Abkommen zwischen den Beteiligten aus dem ostoberschlesischen Bergbau und den deutschen Kohlensyndikaten werden von der deutschen und der polnischen Regierung unterstützt. Falls durch die polnischen Kohlen trotzde eine Unterbietung der Preise auf dem Kohlenmarkt erfolgen sollte, kann die deutsche Regierung, sobald die Verhandlungen erfolglos bleiben, das Wirtschafts abkommen vorzeitig kündigen. Desgleichen kann Polen, falls der Schweinekontingent in Deutschland unter den aufgestellten Bedingungen nicht untergebracht werden kann, gleichfalls vorzeitig von dem Vertrage zurücktreten. Dieses vorzeitige Kündigungsrecht dürfte aber sowohl weder Deutschland noch Polen in Anspruch zu nehmen brauchen. Vielmehr ist zu hoffen, dass Unzuträglichkeiten nicht eintreten und die beiden Länder von dem Handelsvertrage den erwarteten Nutzen ziehen.

Der "kleine Handelsvertrag" bedeutet zweifellos noch keine restlos befriedigende Lösung der deutsch-polnischen Wirtschaftsfrage. Es wird vor allem notwendig sein, Polen zur völligen Aufhebung seiner lästigen und hemmenden Einfuhrverbote zu bewegen. Es ist ferner zu wünschen, dass die beiden Länder auch bald zu umfassenden Tarifvereinbarungen gelangen. Immerhin aber ist zunächst der für beide Länder schädliche wirtschaftliche Kriegszustand beseitigt und es sind, auch zum Nutzen der Arbeiterschaft, normale Wirtschaftsbeziehungen wieder hergestellt, die eine stärkere wirtschaftliche Verflechtung der beiden Nachbarländer herbeiführen werden.

SPD. Dresden, 25. März (Eig. Drahtb.)

Die für Dienstag-Nachmittag im sächsischen Landtag angesetzte Wahl des Ministerpräsidenten verlief ergebnislos, da keiner der Kandidaten die nach der Verfassung erforderliche Mehrzahl der abgegebenen Stimmen erhielt. Von den 94 abgegebenen Stimmen entfielen 44 auf den Kandidaten der vereinigten bürgerlichen Parteien Schieck, 32 auf den Sozialdemokraten Fleissner und 5 auf den Demokraten Dr. Külz.

Vor der Abstimmung liess die demokratische Landtagsfraktion folgende Erklärung abgeben: "Die Deutsche Volkspartei hat Koalitionsverhandlungen mit der SPD abgelehnt und bisher nicht einmal den Willen zur Verständigung gezeigt. Diese Einstellung lässt sich nicht mit der Tatsache vereinbaren, dass die Deutsche Volkspartei im Reiche der grossen Koalition seit zwei Jahren angehört; in Preussen wiederholt den Anschluss gesucht und auch hier eine Reihe an Jahren mit der SPD zusammen in der Regierung gesessen hat. Die der Wirtschaft nahestehenden Kreise der Deutschen Volkspartei sind es, die eine Zusammenarbeit mit der sich zur Staatspolitik bekennenden Arbeiterpartei ablehnen, die aber bereit sind, wieder mit den Nationalsozialisten zu paktieren, obwohl diese in wirtschaftlichen und finanziellen Fragen fortgesetzt mit der Opposition ohne Rücksicht auf die Notlage der Wirtschaft stimmen, sich in ihren Kampfmethoden von den Kommunisten nicht unterscheiden und die von Stresemann geführte Aussenpolitik der Deutschen Volkspartei aufs heftigste bekämpfen... Die Schuld an dem Scheitern der Regierungsbildung trifft uns Demokraten nicht, schuld wären vor allem die Regierungsstürzler von der Rechten, schuld ist auch die Volkspartei, die den einzig noch gangbaren Weg, der an der Landtagsauflösung vorbeiführt, nicht beschreiten will."

Im weiteren Verlauf seiner Beratungen beschäftigte sich der Landtag mit einem kommunistischen Auflösungsantrag. Abg. Böchel (Soz) führte dazu aus, die Auflösung stehe am Ende, wenn keine neue Regierungsbildung zustandekomme. In der gegenwärtigen Situation aber würde die Sozialdemokratie nicht dafür stimmen

Sie würde sich die Geschichte aber lange nicht ansehen. - Eine Abstimmung über den Auflösungsantrag fand nicht statt, da nach der Geschäftsordnung vorher noch eine zweite Beratung stattfinden muss.

SPD, Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstags genehmigte am Dienstag die Strafverfolgung der nationalsozialistischen Abgg. Dr. Goebbels, Feder-Sachsen, Wagner, Strasser und des kommunistischen Abg. Blenkle wegen Beleidigung.

SPD. Leipzig, 25. März (Eig. Drahtb.)

In dem Rechtsstreit um die Bezeichnung Bembergseide ohne Zusatz Kunstseide hat das Reichsgericht (zweiter Zivilsenat) am Dienstag das Urteil des Kammergerichts Berlin aufgehoben und die beklagte Firma Bemberg verurteilt, es zu unterlassen, ihre Fabrikate als Seide und nicht als Kunstseide zu bezeichnen.

Das Urteil lautet in seinen wesentlichen Teilen: 1. Der Beklagten wird bei Vermeidung einer Geld- und Haftstrafe für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten, in öffentlichen Bekanntmachungen, die für einen grösseren Kreis bestimmt sind, ihre Erzeugnisse als Seide statt als Kunstseide zu bezeichnen. 2. Den Klägerinnen wird die Befugnis zugesprochen, den verfügenden Teil des Urteils auf Kosten der Beklagten bekanntzugeben. Entgegen der Entscheidung des Kammergerichtes Berlin sei Seide kein Oberbegriff, sondern es müsse streng zwischen Seide und Kunstseide entschieden werden.

SPD. Paris, 25. März (Eig. Drahtb.)

Die Beratungen über den Etat des Auswärtigen Amtes im Senat gaben Briand am Dienstag Gelegenheit zu einem Referat über die Haltung Frankreichs bei der Londoner Flottenkonferenz. Briand Ausführungen standen im Zeichen eines demonstrativ betonten Grundmotivs: "Sicherheit über alles".

Briand begann mit der allgemeinen Behauptung, dass an der Sicherheit Frankreichs nicht nur Frankreich allein interessiert sei, sondern auch alle anderen Länder, die die historische Mission Frankreichs im Dienste des Friedens kennen. Erst wenn alle Länder zu einem gegebenen Zeitpunkt imstande sind, sich vor allen Angriffen in Sicherheit zu fühlen, werde der Friede auf dauerhafter und haltbarer Grundlage ruhen. Dies sei von jeher die Überzeugung Frankreichs gewesen und habe von Beginn der Londoner Konferenz an die französische Haltung eindeutig bestimmt. Frankreich sei somit der grossen Idee des Völkerbundes treu geblieben: durch Sicherung des Friedens zur Herabminderung der Rüstungen zu gelangen. Man dürfe keine übertriebenen Hoffnungen über die Aussichten der Londoner Konferenz in der Bevölkerung aufkommen lassen. Es handele sich um ein Unternehmen, das nur relative Ergebnisse zutage fördern könne. Niemand dürfe von Frankreich fordern, dass es auf dem Altar der internationalen Interessen seine eigenen Interessen opfere.

Mit unverhüllter Schärfe gegen Italien betonte Briand dann, man müsse sich vor gewissen demagogischen Formeln wohl in Acht nehmen und dürfe einer Theorie der Gleichheit (Flottenparität mit Italien) nicht zustimmen, die in Wirklichkeit gefährliche Ungleichheiten zur Folge haben müsste. Noch habe London nicht erreicht, was es im Interesse Frankreichs erstrebe. Aber die Verhandlungen seien noch nicht zu Ende und man müsse über die Möglichkeit der Wiederaufnahme des Problems und den Möglichkeiten einer Lösung nicht verzweifeln.

Briand, dessen Rede den ungeteilten Beifall des Senats fand, wird am Mittwoch früh nach London zurückkehren, und am Donnerstag zum Beginn der Young-Debatte in der Kammer bereits wieder in Paris sein.

SPD. Warschau, 25. März (Eig. Drahtb.)

Die Abgeordneten der Regierungsparteien versuchten am Dienstag die Sitzung der Budgetkommission des Sejm durch wüsten Lärm und Gewalt zu sprengen. So bemühten sie sich den Kommissionsvorsitzenden von seinem Stuhl zu werfen und dem Referenten seine Papiere zu entreißen. Eine Tafel, mit deren Hilfe man eine Abstimmung durchführen wollte, warfen die Ruhestörer aus dem Saal. Trotzdem misslang der Angriff der Abgeordneten der Regierungsparteien, da der Vorsitzende eine kurze Ruhepause benutzte, um die Anträge als angenommen zu erklären und die Sitzung zu schliessen.

Die nunmehr elftägige Regierungskrise wird voraussichtlich, den Erklärungen des neuernannten Ministerpräsidenten Szimanski zufolge, am Donnerstag ihr Ende finden.

SPD. Das preussische Staatsministerium beschloss am Dienstag die Ernennung des preussischen Landtagsabgeordneten Haas-Köln (Soz) zum Oberpräsidenten in Cassel, des Ministerialdirektors Falk (Dem) zum Oberpräsidenten in Magdeburg und des Regierungspräsidenten von Halfern (D.V.) zum Oberpräsidenten in Stettin. Ausserdem wurde die Ernennung des Oberbürgermeisters von Halberstadt Weber (Soz) zum Regierungspräsidenten in Magdeburg, des Regierungsvizepräsidenten in Gumbinnen Fitzner (Soz) zum Regierungspräsidenten in Frankfurt a.O. und des Ministerialrats Simon (Soz) im preussischen Ministerium des Innern zum Regierungspräsidenten in Stettin beschlossen.

+ + +
Das preussische Staatsministerium beschloss am Dienstag, wie der "Soz. Pressedienst" erfährt, die rechtsstehenden Landräte Klein-Leer, Rotberg-Fallingbostel und Erhr. von Hammerstein-Seesen, die zugleich Abgeordnete des Provinziallandtages der Provinz Hannover sind, aus politischen Gründen ihrer Ämter zu entheben.

SPD. München, 25. März (Eig. Drahtb.)

In der Dienstsitzung des Münchener Stadtrats kam es zu einem von den Nationalsozialisten verursachten Tumult und zu blutigen Prügelepisoden.

Der Krach begann im Anschluss an eine Bemerkung eines Stadtrats der Bayerischen Volkspartei, in der von den Nationalsozialisten als USP-Ersatz die Rede war. Die Hakenkreuzler sprangen von ihren Sitzen und stürmten gegen die Sitze der Bayerischen Volkspartei vor. Zunächst konnten Tötlichkeiten vermieden werden. Der Tumult hielt aber längere Zeit an, als plötzlich ein Kommunist rief: "Die Nazis sind der organisierte Arbeitermord". Sofort entwickelte sich eine regelrechte Schlägerei, in der sich die Hakenkreuzler auf die Kommunisten und auf einzelne Sozialdemokraten warfen. Es wurde mit Fäusten und Stühlen gearbeitet. Aschenbecher flogen, Tintenfassern wurden zertrümmert, Augengläser zerschlagen und im Nu war der gesamte Stadtrat in eine solide Bierkeller Rauferei verwickelt, bei der es blutige Gesichter gab. Der Oberbürgermeister schloss eilig die Sitzung. Auch die Tribüne musste er räumen lassen, da dort die Hakenkreuzler und Kommunisten ebenfalls aneinander geraten waren.

Die Schlägerei dauerte geraume Zeit. Nach Wiedereröffnung der Sitzung sprach der Oberbürgermeister sein Bedauern über den Vorfall aus und erteilte verschiedene Ordnungsrufe.

SPD. Am Dienstag begannen unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer Besprechungen der Regierungsparteien über die Finanzfragen. Gegenstand der Verhandlungen bilden drei Fragenkomplexe: die Arbeitslosenversicherung, die Ausgabenbeschränkung und die Steuersenkungen für das Jahr 1931 und die Steuererhöhungen zum Ausgleich des Etats für das Jahr 1930.

Die Verhandlungen wurden eingeleitet mit der Erörterung des nachstehenden Vorschlags über die Arbeitslosenversicherung.

Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wird nach Massgabe der folgenden Richtlinien geändert :

1.) Kann der Bedarf der Reichsanstalt aus den Beiträgen und aus dem Notstock nicht völlig gedeckt werden, obwohl der Beitrag rechtzeitig einheitlich für das Reichsgebiet festgesetzt ist, so gewährt das Reich Zuschüsse, deren Höhe alljährlich im Reichshaushalt festgesetzt wird.

2.) Der Reichszuschuss für das Rechnungsjahr 1930 beträgt 150 Millionen Reichsmark.

3.) Um den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt herbeizuführen, hat der Vorstand der Reichsanstalt die erforderlichen Massnahmen zu treffen. Er kann dabei auch von den Vorschriften des Gesetzes abweichen, darf jedoch eine allgemeine Herabsetzung oder Verkürzung der Leistungen nicht vornehmen. Insoweit diese Massnahmen nicht ausreichen, um den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herbeizuführen, kann der Vorstand die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhöhen.

4.) Zu einem solchen Beschluss des Vorstands ist die Mehrheit der Stimmen der Vertreter sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer erforderlich, die dem Vorstand angehören. Die Vertreter der öffentlichen Körperschaften wirken bei der Beschlussfassung nicht mit.

5.) Beschliesst der Vorstand innerhalb einer Frist, die die Reichsregierung bestimmt, die notwendigen Massnahmen oder Beitragserhöhungen nicht, so hat die Reichsregierung anstelle des Vorstandes darüber Beschluss zu fassen.

Von den Vertretern der Sozialdemokratie wurde dieser Vorschlag abgelehnt. Sie erklärten, sie müssten in ihm einen alten Antrag der Deutschen Volkspartei erblicken, der bereits in früheren Verhandlungen von der Sozialdemokratie als unmöglich bezeichnet worden sei. Er beschränke die Darlehenspflicht des Reiches für die Arbeitslosenversicherung und bezwecke bei ungenügenden Einnahmen der Versicherung den Abbau der Leistungen. Die Sozialdemokratie betrachte die Vorlage der Reichsregierung vom 5. März zur Arbeitslosenversicherung, der der Reichsrat inzwischen zugestimmt habe, als eine geeignete Grundlage für die Verständigung der Parteien. Dieser Vorschlag sieht neben einem festen Reichszuschuss für 1930 in Höhe von insgesamt 200 Millionen (150 Millionen aus dem Verkauf von Reichsbahnvorzugsaktien und 50 Millionen aus der Industriebelastung) erhöhte Beitragseinnahmen bis zu 4 % vor, durch die der Etat der Reichsanstalt in der Höhe von 1929 gesichert ist.

Nachmittags befassten sich die Unterhändler der Regierungsparteien mit der Ausgabenbeschränkung und der Steuersenkung. Auch hier bestehen zwischen den Regierungsparteien, insbesondere der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei sehr weitgehende Meinungsverschiedenheiten, deren Überbrückung nicht leicht ist, weil die Deutsche Volkspartei auf der Festlegung von umfangreichen Steuersenkungen bereits in diesem Augenblick durch Spezialgesetze besteht.

Abends treten die Fraktionen der Regierungsparteien zu Einzelberatungen zusammen.

SPD. Paris, 25. März (Eig. Drahtb.)

Reichsbankpräsident Luther ist am Dienstag auf seiner Rundreise nach den Hauptstädten der am Young-Plan interessierten Mächte von Rom kommend in Paris eingetroffen. Er wurde vom Gouverneur der Bank von Frankreich, Morreau, begrüßt, mit dem er am Mittwoch eine ausführliche Unterredung haben wird. Am Donnerstag reist Dr. Luther nach London.

SPD. Warschau, 25. März (Eig. Drahtb.)

Senatsmarschall Szymanski hat Pilsudski am Dienstag die Liste seines Kabinetts unterbreitet. Pilsudski erklärte, dass er dieses Kabinett nur unter folgenden Bedingungen bestätigen werde:

1. Der Sejm darf sich nicht in die Personalfragen der Regierung einmischen.
2. Der Sejm darf sich nicht in die Frage der Durchführung des gegenwärtigen Budgets einmischen, 3. Der Sejm zieht den Artikel des Finanzgesetzes zurück, der die Verantwortlichkeit der Regierungsmitglieder für Haushaltsüberschreitungen vorsieht. 4. Im Laufe der nächsten sechs Monate wird die Regierung ohne Parlament regieren.

Szymanski wird dieses Ultimatum Pilsudskis, das auf die Ausschaltung des Parlaments für die Innenpolitik Polens hinausläuft, dem Sejm unterbreiten. Die Sejmmehrheit wird sich gegen die Bedingungen aussprechen. Szymanski dürfte dann auf die Kabinettsbildung verzichten.

SPD. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft hielt am Montag und Dienstag in Berlin seine regelmässige Tagung ab. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Frage der Tarifierhöhung. Über den Verlauf der Verhandlungen wird eine Verlautbarung verbreitet, in der es u. a. wie folgt heisst:

"Durch die schlechte Verkehrsentwicklung des Jahres 1930 ist die finanzielle Lage der Reichsbahn immer schwieriger geworden. Bis zum 23. März blieben die Einnahmen um über 90 Millionen RM gegen die an sich schon niedrigen entsprechenden Einnahmen des Vorjahres zurück. Der Verwaltungsrat gab in Anbetracht dieser Lage im Interesse einer weiteren gesunden Wirtschaftsführung der Reichsbahn seine Zustimmung zu einem sofort durchzuführenden Einschränkungsprogramm, trotz schwerer Bedenken wegen der Auswirkung auf die allgemeine Wirtschaft. Durch Herabsetzung der Tagewerke des Personals, Entlassung von Arbeitern und durch Unterlassung nötiger Arbeiten an Bauten und Fahrzeugen müssen solange weiter entsprechende Einsparungen vorgenommen werden, bis die Betriebs-einnahmen wieder die notwendige Höhe erreicht haben. Die Mittel, die der Reichsbahn durch den Anschluss des Reiches an die Mobilisierungsanleihe zufließen sollen, können nicht für Ausgaben des laufenden Betriebes verwendet werden und entbinden die Verwaltung nicht von der Verpflichtung, für den Ausgleich der Betriebsrechnung durch Erhöhung der Einnahmen Sorge zu tragen."

Damit hat der Streit um die Tarifierhöhung eine geradezu unerhörte Wendung genommen. Mit dem Beschluss des Verwaltungsrats soll zweifellos auf die Regierung ein Druck ausgeübt werden, damit sie ihre Zustimmung zu der geforderten Tarifierhöhung gibt. Die Massnahme des Verwaltungsrats ist umso unerhörter, als die Tarifierhöhung in der Finanzentwicklung bei der Reichsbahngesellschaft nicht begründet ist und weil die geforderte Tarifierhöhung jeder positiven Konjunkturpolitik widerspricht. Man hat es immer als Vorzug gerühmt, dass in der Person Dorpmüllers ein Mann an die Spitze des grössten deutschen Wirtschaftsunternehmens gelangte, der Wirtschaftler und Techniker und kein Jurist ist. Der Wirtschaftler und Techniker Dorpmüller treibt aber eine Tarifpolitik, die an Weltfremdheit wohl alles übertrifft, was Bürokratie sich in den letzten Jahren geleistet hat.

SPD. München, 25. März (Eig. Drahtb.)

Hitler versucht schon seit Wochen mit Hilfe Fricks die bayerische Staatsangehörigkeit zu erwerben. Dazu wird bekannt, dass Hitlers Beauftragte, die Abgeordneten Buttmann und Frick noch im November vorigen Jahres im bayerischen Innenministerium sondierten, ob die bayerische Regierung einem eventuellen Ersuchen Hitlers um die bayerische Staatsangehörigkeit noch ablehnend gegenüberstehe. Die vom Innenministerium gegebene Auskunft fiel durchaus negativ aus. Die bayerische Regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, dass "der Putschist Hitler, der es unternommen hat mit bewaffneten Verbänden und mit der Waffe in der Hand die nationale bayerische Regierung für abgesetzt zu erklären, die ihm erreichbaren Mitglieder dieser Regierung in Gefangenschaft abführen zu lassen und die Gefahr eines Bürgerkrieges in Deutschland heraufzubeschwören" kein geeignetes Objekt ist, zum bayerischen Staatsbürger gemacht zu werden.

SPD. Prag, 25. März (Eig. Drahtb.)

Am 26. März beginnt vor dem Obergericht in Pressburg die Berufungsverhandlung des am 5. Oktober vorigen Jahres wegen Spionage und militärischen Verrats zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilten früheren slowakischen Abgeordneten Dr. Bela Duka, der 14 Tage dauern soll. Das Urteil erregte seinerzeit weit über die Grenzen der Tschechoslowakei hinaus grosses Aufsehen.

SPD. Paris, 25. März (Eig. Drahtb.)

Die sozialistische Kammerfraktion hat am Dienstag beschlossen selbst für den Fall für den Young-Plan zu stimmen, dass die Regierung die Vertrauensfrage zu dem Ratifikationsentwurf stellen sollte.

Die radikale Kammerfraktion dürfte sich wahrscheinlich das sozialistische Beispiel zu eigen machen.

SPD. München, 25. März (Eig. Drahtb.)

Auf der Jahresversammlung des Bayerischen Industriellenverbandes in München, an der Vertreter des Reiches und verschiedener Länderregierungen sowie eine grosse Zahl von Parlamentariern teilnahmen, sprach das geschäftsführende Präsidialmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie Geheimrat Kastl über den Kampf um die Finanzreform.

Kastl bedauerte zunächst, dass es in den Jahren 1925 bis 1929 nicht gelungen sei, die deutsche Öffentlichkeit finanzwirtschaftlich und finanzpolitisch auf die Verhältnisse einzustellen, die nun einmal durch die auswärtigen Verpflichtungen, durch den verlorenen Krieg und durch die Verluste der Nachkriegszeit geschaffen worden seien. Stattdessen sei eine Finanzpolitik getrieben worden, die mit wenigen Ausnahmen alle Grundsätze einer vorsichtigen Wirtschaftsführung vernachlässigte. Darauf sei es auch zurückzuführen gewesen, dass in dem Augenblick, als der Zustrom ausländischer Anleihen langsamer wurde und schliesslich ganz versiegte, die bekannten grossen Schwierigkeiten auftraten, die auch auf die Pariser Verhandlungen über die Reparationsfragen von sehr nachteiliger Folge gewesen seien. Bedauerlicherweise sei das Programm der Reichsregierung vom 12. Dezember vorigen Jahres mit seinen berühmten 14 Punkten durch die tatsächliche Entwicklung beiseite geschoben worden. Von Woche zu Woche hätte sich das Etatbild und das Kassenbild des Reiches verschlechtert, und hierdurch sei die groteske Situation eingetreten, dass, nachdem ein sozialdemokratischer Reichsfinanzminister Steuersenkungen in Aussicht gestellt habe,

ein volksparteilicher Reichsfinanzminister jetzt vor dem Zwange stehe, Steuererhöhungsvorschläge zu machen. Was jetzt als Finanzreform vom Reichskabinett beschlossen sei, sei alles andere als eine Erfüllung der wirtschaftlichen Notwendigkeit oder gar der Wünsche der Wirtschaftskreise. Wenn die neue Vorlage trotzdem Gesetz werde, dann bedeute das nur eine Zwischenlösung. Es müsse schon jetzt festgelegt werden, dass der Etat 1930, wie er in der Ausgabenseite aufgebaut sei, das unüberschreitbare Maximum darstelle und die Ausgaben für das Jahr 1931 um mindestens 700 000 Millionen niedriger liegen müssten. Die Ausgaben senkung bei allen öffentlichen Körperschaften müsse auf der Grundlage eines besonderen Gesetzes durchgeführt werden und es müsse Vorsorge dafür getroffen werden, dass alle eventuellen Mehreinnahmen nur zu Steuersenkungen und nicht zu Mehrausgaben Verwendung finden. Die Grundsätze, nach denen spätestens im Jahre 1931 die Senkung der Einkommensteuer und der Realsteuer durchzuführen sei müssten schon jetzt bestimmt werden. Die in dem vorgesehenen Ermächtigungsgesetz der Regierung zu gebenden Befugnisse müssten bald verwirklicht werden, um insbesondere die Kapitalertragsteuer bald aufheben zu können.

SPD. Solingen, 25. März (Eig. Bericht)

In der Dienstagsitzung der Solinger Stadtverordnetenversammlung wurde der Kommunist Weber wiederum mit 26 gegen 21 Stimmen zum Oberbürgermeister von Solingen gewählt. Auch bei dieser zweiten Wahl stimmte die SPD für Weber, weil die bürgerlichen Parteien jede Verständigung über die Wahl eines Sozialdemokraten zum Oberbürgermeister unmöglich machten.

+ + +
Es ist ganz selbstverständlich, dass auch die zweite Wahl Webers nicht bestätigt wird. Vielmehr ist der preussischen Staatsregierung durch diese Wahl auf Grund der rheinischen Städteordnung jetzt die Möglichkeit gegeben von sich aus auf 12 Jahre einen kommissarischen Oberbürgermeister zu ernennen und das kann u.E. nach der ganzen Sachlage nur ein Sozialdemokrat sein.

SPD. Die Preussische Staatsregierung hat am Dienstag beschlossen, den sozialdemokratischen Abgeordneten des Preussischen Landtags Meyer-Solingen zum Ministerialdirektor im Wohlfahrtsministerium zu ernennen. Die Ernennung ist auf einen Vorschlag des Wohlfahrtsministers Hirtsiefer zurückzuführen.

SPD. London, 25. März (Eig. Drahtb.)

Die Flottenkonferenz ist am Dienstag wieder zum vollen Leben erwacht, nachdem der Vorschlag des italienischen Delegierten Grandi vom Montag abend bereits dem Zustand völliger Resignation ein Ende bereitet hatte. Das neue Element ist in einem amerikanischen Vorschlag zu finden, der von dem amerikanischen Delegierten Stimson am Dienstag vormittag MacDonald unterbreitet worden ist.

Die amerikanische Anregung besteht in einer Bereitwilligkeits-Erklärung der amerikanischen Regierung, mit den übrigen vier Mächten England, Japan, Frankreich und Italien einen sogenannten konsultativen Pakt abzuschliessen, der sich auf der Linie des im Jahre 1921 in Washington unterzeichneten sogenannten pazifistischen Vertrags bewegen soll. Ein derartiger konsultativer Pakt müsste nach amerikanischer Auffassung die Einberufung einer gemeinsamen Konferenz der vertragschliessenden Mächte im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen zwei oder mehreren dieser Mächte vorsehen und im Falle eines Angriffs gegen eine der vertragschliessenden Mächte die sofortige Beratung dieser Mächte über die zu

ergreifenden Schritte obligatorisch machen. Amerika hat jedoch gelegentlich der Unterbreitung seiner Vorschläge nochmals mit grossem Nachdruck betont, dass die Vereinigten Staaten unter keinen Umständen irgend eine andere Verpflichtung eingehen könnten als diejenige, in einem derartigen Fall in Beratungen mit den anderen Mächten einzutreten.

Man ist sich in London bewusst, dass der amerikanische Vorschlag unter Umständen geeignet ist, die beinahe verzweifelte Situation, in der sich die Vertreter des Abrüstungsgedankens auf der Konferenz befanden, mit einem Schlage zu beenden. Alles hängt nunmehr davon ab, ob Frankreich die durch einen derartigen Pakt gebotenen Sicherungen, wenn von Sicherungen überhaupt die Rede sein kann, für ausreichend genug hält, um seine Tonnageziffern herabzusetzen und seinen Anspruch auf eine formelle Überlegenheit über Italien grundsätzlich aufzugeben. Ist das der Fall, so kann der ursprüngliche Konferenzzweck noch jetzt gesichert werden; ist das nicht der Fall, so dürften sich die weiteren Verhandlungen um den Abschluss eines Dreimächte-Paktes und eine halbjährige Vertagung der Konferenz im Sinne der italienischen Anregungen drehen.

SPD. Das Organ des "Jungdeutschen Orden" berichtet folgendes Zusammenspiel der Hakenkreuzler und Kommunisten in Marienburg in Westpreussen :

"In den Kreistag des Kreises Marienburg (Westpr.) wurden bei der letzten Wahl u.a. ein Abgeordneter der Nationalsozialisten und ein Abgeordneter der Kommunisten gewählt. Um nun auch einen Vertreter in den Kreisausschuss entsenden zu können, versuchte der hier wohnende Standartenführer der Nationalsozialisten Radzko die Kommunisten zu gewinnen. Er besuchte den Führer der hiesigen Kommunisten, Lenzer, in dessen Wohnung und wollte ihn dazu bewegen, seine Stimme für eine proletarische Kandidatur herzugeben. Lenzer wies dieses Ansinnen ab und erklärte, dass ein Zusammengehen zwischen beiden Richtungen nicht möglich sei. In der nächsten Kreistagsitzung ist dann nochmals ein Annäherungsversuch von den Nationalsozialisten unternommen worden. Derselbe scheiterte ebenfalls an den Kommunisten. Radzko erklärte in einem Gespräch über den Fall, er habe seinen Schritt auf "Weisung von oben" hin unternommen. Für den gesamten Vorgang können jederzeit Zeugen gestellt werden."

Dies Techtelmechtel schliesst sich würdig den gemeinsamen Erwerbslosendemonstrationen der Kommunisten und Nazis in Ingolstadt und Schleswig an.

SPD. Der Reichskanzler empfing am Dienstag abend um 9 Uhr die Führer der Regierungsparteien zu einer Besprechung über die Finanzprobleme.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD, Berlin, 25. März (Eig. Bericht)

Der Reichstag verhandelte am Dienstag in dritter Beratung die Zollgesetze und das Maismonopol. Die Sozialdemokratie liess durch den Abg. Schmidt-Köpenick, dem Landarbeiterführer, eine formulierte Erklärung abgeben. Darin wird betont, dass es sich bei diesen Zöllen um eine Abwehrmassnahme "ausländischer Staatsmanipulationen" handelt, die die Kaufkraft eines wichtigen Teiles der deutschen Wirtschaft vermindern und dadurch die Arbeitslosigkeit vermehren. Bei der Zustimmung der Sozialdemokratie ist vorausgesetzt, dass es sich nur um eine vorübergehende Massnahme handelt, denn durchgreifend kann der Landwirtschaft nur durch Umstellung ihrer Produktionsverhältnisse geholfen werden.

Die Deutschnationalen liessen durch den Abg. Jandrei eine wütende und wüste Rede gegen die Vorlagen halten. Nicht nur, dass der Mann behauptete, die Zollvorlagen seien ganz unzulänglich. Er schrie auch, dass ostpreussische Bauern ihre Scholle verliessen und ins Ausland gingen, weil sie in einem so gemeinen Staate nicht mehr leben wollten. Das wagt ein Agrarführer in dem Augenblick zu sagen, wo die Partei der deutschen Arbeiter trotz des massenhaften proletarischen Elends so viel Verständnis für die Lage der Landwirtschaft aufbringt. Selbstverständlich meint Herr Jandrei, dass die Regierung und ganz Deutschland vom Marxismus beherrscht werden. - Der Volksparteiler Zapf wandte sich gegen diese wilden Uebertreibungen, erklärte dann jedoch, dass seine Partei das Maismonopol aus grundsätzlichen Erwägungen ablehne. Auch der Demokrat Tantzen sprach gegen das Maismonopol, weil er weitere Monopole am Horizont sieht. Für das Zentrum erklärte der frühere Landwirtschaftsminister Dr. Hermes die Zustimmung zu den Vorlagen im Interesse des Ausgleichs zwischen Stadt und Land.

Abgelehnt wurden die Vorlagen von dem kommunistischen Redner Putz wie auch von dem christlichnationalen Bauern Döbrig, der eine radikale Grüne Front-Rede hielt. Um die Demagogie der Deutschnationalen zu entlarven, verlangte die Sozialdemokratie, dass zunächst über das Maismonopol abgestimmt werde. Sie liess dabei durchblicken, dass sie sich bei den anderen Vorlagen der Stimme enthalten werde, wenn das Maismonopol nicht zustande komme. Und siehe da, die Deutschnationalen, die noch vor einer Stunde alles in Grund und Boden verdammt hatten, bekamen es sofort mit der Angst zu tun. Sie wussten, dass weder das Maismonopol noch die Zollvorlagen scheitern dürfen, also enthielten sie sich trotz aller radikalen Sprache bei dem Maismonopol der Stimme. Das bedeutet, dass die Deutschnationalen die Annahme des Maismonopols und damit der übrigen Zollvorlagen mit zu verantworten haben. Beim Maismonopol erklärten sich bei 78 Enthaltungen 195 für das Gesetz, 122 dagegen. Während der Abstimmung gab es noch ein kleines bemerkenswertes Zwischenspiel zwischen Zentrum und Sozialdemokratie. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Perlitius verlangte, dass die Regierung das Gesetz über das Maismonopol so handhaben solle, dass ein Roggenpreis von 230 Mark herauskomme. Die Sozialdemokratie liess sofort durch Hertz antworten, dass dieser Erklärung widerspreche.

Die sonstigen Zollgesetze wurden in mehreren namentlichen Abstimmungen verabschiedet. Ein Antrag der Kommunisten, die zur Stützung des Roggenpreises eingelagerten 400 000 Zentner Roggen zur unentgeltlichen Abgabe von Brot an Erwerbslose, Sozialrentner und sonstige Bedürftige zu verwenden, wurde dem Volkswirtschaftsausschuss überwiesen. - Nächste Sitzung Mittwoch.

SPD, Wien, 25. März (Eig. Drahtb.)

In unterrichteten Kreisen verlautet, dass die Seipel-Clique bereits am Werk ist, um Zugeständnisse an die Gewerkschaften in der Frage des Antiterror-Gesetzes zu hintertreiben. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, dass die Bestrebungen des am Dienstag eingesetzten Unterausschusses zu einer Verständigung doch zur Erfolglosigkeit verurteilt sind.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Der ewige Untertan.

SPD. Wer liest heute noch Heinrich Zschokke, diese Mischung aus Aufklärung und Deismus, des Werdens des bürgerlichen Klassenbewusstseins und der Opposition gegen den Obrigkeitsstaat, das Kastenwesen, das Vorurteil in jeder Form? Seine Werke sind hundert Jahre alt, aber es wäre manchem gut, dass er sie heute lesen würde! Das befreiende Gelächter über den Wust vergangener Jahrhunderte ist heute noch so aktuell wie vor hundert Jahren. Wenn Zschokke in seinem "Hans Dampf in allen Gassen" das kleinstaatliche Fürstentum von ehemals verhöhnt, wenn er sich über das Ordenswesen, über Bänder und Knöpfe und Sterne lustig macht, so ist das grausame Ironie gegen die Untertanengesinnung. E.T.A. Hoffmann hat ebenfalls vor hundert Jahren in seinem Märchen vom Zinnober der Ordensspielerei mit seinem Spott über den "grüngefleckten Tiger mit zwanzig Köpfen" ein Denkmal der Lächerlichkeit gesetzt. Gleichzeitig mit beiden und noch unzählig oft nach ihnen hat die deutsche Literatur diesen lustigen Kleinkrieg gegen Ordenswesen und Untertanengesinnung geführt, der bei allem Gelächter doch seine tiefere Bedeutung hatte.

Es wäre an der Zeit, diese Literatur wieder auszugraben und sie jenen ewigen Untertanen vor Augen zu führen, die in der Republik immer noch Knopflochschmerzen haben, sich mit Bändern und Sternchen behängen lassen. Reichsminister Staatsminister der Länder, Reichstagsabgeordnete und Landtagsabgeordnete laufen mit päpstlichen Orden der verschiedenen Klassen umher. Die zwingenden Vorschriften der Reichsverfassung werden unter nichtigen Vorwänden glatt durchbrochen. Wenn das Staatsrecht nichts fruchtet, dann muss der öffentliche Hohn nachhelfen. Wie wäre es, wenn diese Herrschaften künftig im vollen Kriegsschmuck ihrer Dekorationen auf der Tribüne des Reichstags erscheinen würden, damit jeder sieht, was für exzellente, aus der Masse herausgehobene Persönlichkeiten sie sind?

Die Dekorierten dieser Kategorie stellen sich auf die gleiche Stufe mit jenen Leuten, von denen kürzlich der "Bayerische Kurier" berichtete: "Prinz Alfons von Bayern hat dem Verwaltungsobersekretär a.D. Ludwig Engelhardt das Prinz-Alfons-Erinnerungszeichen am blauen Bande verliehen."

Da gibt es nur noch ein Mittel! Es muss eine private Organisation gegründet werden, um in grösstem Stile die Knopflochschmerzen der Untertanen dieser und jener Kategorie zu befriedigen. In dieser Organisation könnten die abgesetzten Kleinstaatenfürsten eine Art Kuratorium bilden, die Organisation müsste einen vornehm klingenden Titel führen und Orden der verschiedensten Klassen an Bändern in allen Farben mit Sternen und Grosskreuzen verleihen. Die Persönlichkeit der erlauchten Kuratoriumsmitglieder würde den Kreuzchen und Sternchen in den Augen aller Untertanen den nötigen Abglanz verleihen. Eine Bedingung jedoch müsste erfüllt werden: Es müsste genau und öffentlich Liste geführt werden damit ganz Deutschland erkennt, welche hervorragenden dekorierten Männer und Frauen sich in seinen Reihen verbergen!

Der wunde Punkt.

Herr Adolf Hitler hat einen wunden Punkt. Und das ist der: er kann es nicht verwinden, dass er vor sieben Jahren an der Feldherrnhalle in München als held auf dem Bauche gelegen hat. Nachdem kürzlich ein Gerichtsurteil diese Tatsache

wieder einmal öffentlich festgestellt hat, ist dieser wunde Punkt bei Herrn Hitler ganz besonders schmerzhaft geworden. Er quält ihn empfindlich und gar zu gerne möchte der völkische Held dem Bewusstsein entfliehen, dass er in entscheidender Situation einmal feig gewesen ist, Er hat endlich das Mittel gefunden, und darüber hinwegzukommen: er ist in die Legende geflüchtet.

In einer seiner letzten Versammlungen in München erschien er auf der Bühne mit einem Knaben im Hitlerhemd an der Hand und erzählte der Versammlung: "Dieser kleine Junge wurde mir vor sieben Jahren an der Feldherrnhalle zusammengesessen. Ich selbst trug ihn aus dem Feuer." Die Legende ist praktisch: Hitler erscheint in der Gloriole des Helden, der im Feuer gestanden hat. Er hat sich nicht, etwa auf den Bauch geworfen oder ist geflohen, sondern er ist aufrecht wie ein Mann aus dem Feuer gegangen, um einen Knaben zu retten. Hoch klingt das Lied vom braven Mann!

Die Wahrheit ist ganz anders. Die Wahrheit ist, dass Hitler mit Ludendorff auf dem Bauche lag, dass er als erster schleunigst in ein Auto spedierte wurde, dass sich auf das Trittbrett des Autos ein Mann mit einer Roten Kreuz-Binde stellte und dass Hitler auf dem schnellsten Wege nach Uffing in die Villa der Frau Hanfstaengl gefahren wurde. So sah das Hitlerlied vom braven Mann, der kleine Knaben aus dem Feuer trug, in Wirklichkeit aus!

Ist diese Komödie auf der Versammlungsbühne eine bewusste Lüge oder nicht? Es wäre zuviel gesagt, es eine Lüge zu nennen. Es ist eine Legende: der einzige mögliche Fluchtweg aus dem Trauma, das Herr Hitler sich durch das Gefühl zugezogen hat, dass er an der Feldherrnhalle auf dem Bauche gelegen hat, anstatt als Held für das dritte Reich zu fallen!

Hindenburg im Tauschhandel.

Der Diplomlandwirt Platz in Visselhövede bei Bremen gehört zu den Hauptlingen des Tannenbergbundes, dessen Ehrenvorsitzender Reichspräsident Hindenburg ist. Der wackere Diplomlandwirt Platz zählt nach der Unterzeichnung des Young-planes den Reichspräsidenten zu den Marxisten, von denen er nichts mehr wissen will. Also inserierte er im Ortsblättchen:

"Eine Hindenburgbüste so gut wie neu billig zu verkaufen oder einzutauschen gegen ein gutes Bild von Martin Luther bei Platz, Marktstrasse."

Die Geschäftstüchtigkeit des Herrn Platz hält seiner Tannenberggesinnung immer noch die Wage! Hätte er die Hindenburgbüste stillschweigend in die Gerümpelkammer verbannt, so hätte er nur vor sich selber demonstriert - so aber will er damit noch ein Geschäft machen und ausserdem kommt die Geschichte unter die Leute. Jedermann erkennt, dass Herr Platz ein nationaler Held ist, der mit Hindenburg nichts mehr zu tun haben will und ihn im Bildnis verkauft!

Zwei Urteile.

In Halle wurde der Redakteur der rechtsgerichteten Tageszeitung freigesprochen. Er hatte den preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun mit Judas Ischariot verglichen und ihm noch weniger Ehrgefühl als Judas Ischariot unterstellt.

In Regensburg in Bayern wurde ein ehemaliger kommunistischer Stadtrat zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil er während einer Grabrede eines Pfarrers Ausdrücke wie "Pfaff" und "Schmarrn" halblaut vor sich hingesagt und nach der Aussage des Pfarrers ein böswillig ungeduldiges Mienenspiel gezeigt haben soll. So wirbt die Justiz um Vertrauen!

Aus aller Welt

Der Sieg der "Europa".

Mit 36 Minuten Vorsprung wurde der "Bremen" das Blaue Band entrissen. - Der neue Weltrekord: Vier Tage, siebzehn Stunden, sechs Minuten. - Die letzten Fahrtstunden bei rauher See.

SPD. Am Dienstag nachmittags $\frac{1}{4}$ 4 Uhr (Berliner Zeit) ist die "Europa" in den Hafen von New York eingelaufen. Zahllose Sirenen stimmten ein Freudengeheul der Begrüssung und Gratulation an; Autohupen aller Tönungen schalteten sich in den Chor ein. Begeisterte Rufe der Menge, die, mit Liedersingen sich die Zeit vertreibend, zu Tausenden die Ufer säumte - bereits um 12 Uhr (Berliner Zeit) hatten sich die ersten Neugierigen am Lloyd-Pier versammelt - verstärkten den enthusiastischen Willkommensgruss.

Der Führer der "Europa", Commodore Johnson, nahm nach Erledigung der ersten Zollformalitäten von Bord aus das Wort zu einer Rede, die, durchs Radiomikrofon Tausenden und Millionen in der alten und neuen Welt zugänglich gemacht, eine Schilderung der letzten interessanten Fahrtstunden darstellte.

Die "Europa" hat am Dienstag morgen um 5,54 amerikanischer Zeit (11,50 Berliner Zeit) nach einer Fahrtdauer von vier Tagen 17 Stunden ab Cherbourg das Ambrose-Feuerschiff passiert. Die schnellste Reisedauer der "Bremen", die bisher das Blaue Band des Ozeanrekordes hüten durfte, ist damit um 36 Minuten unterboten. Die "Europa" ist auf eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 27,91 Seemeilen gekommen gegen 27,72 Seemeilen der "Bremen".

Bei Beurteilung der Leistung der "Europa" muss man berücksichtigen, dass sie erstens bedeutend schlechteres Wetter hatte als die "Bremen" bei ihrer Rekordfahrt und sie ausserdem infolge der Wetterlage eine um 70 Seemeilen längere Route wählen musste. Johnson hat überhaupt von Anfang an gar keine Rennfahrt geplant. Man kann somit die erreichte Geschwindigkeit der "Europa" als gute Durchschnittsgeschwindigkeit betrachten und damit rechnen, dass die "Europa" bei ihrer Ozeanfahrt niemals viel länger als vier Tage und 17 Stunden gebrauchen wird.

Während der letzten Nacht musste die "Europa" bei ziemlich starkem Nebel fahren. Das Meer wogte in starker Dünung. Das Schiff kam aber gleichmässig schnell vorwärts und lag auch gut im Wasser. Die Passagiere an Bord hatten fast durchweg darauf verzichtet, ihre Kabinen - d.h. auf der "Europa" heissen diese neuerdings "Zimmer" - aufzusuchen, um den Erfolg der Fahrt abzuwarten; viele, besonders alle Amerikaner, waren durch Wetten an ihr interessiert. Der Jubel bei der Bekanntgabe, dass die "Europa" das Ambrose-Feuerschiff gegen sechs Uhr morgens (amerikanischer Zeit) erreichen werde, steigerte sich zu stürmischen Freudenausbrüchen, als das Leuchtschiff tatsächlich um diese Zeit gesichtet wurde. Der Kapitän und die Ingenieure versicherten den Passagieren, dass der erreichte Rekord im Sommer sehr bequem beträchtlich zu steigern sei, wenn die Dünung nicht so stark ist, keine Gegenwinde die Fahrt beeinträchtigen und das Aeusserste aus den Maschinen herausgeholt werden kann. Ausserdem wird im Sommer die nördliche Route benutzt, die augenblicklich wegen der Eisberggefahr nicht gefahren wird.

Als die "Europa" bei der Quarantänestation Staten Island zum ersten Male stoppte, ging eine grosse Zahl von Journalisten, Photographen, Rundfunkleuten, Lloydangestellten und geladenen Privatpersonen, die mit zwei Schleppern dem

Schiff entgegengefahren waren, an Bord. Das grosse Publikum wird allerdings erst am Donnerstag zur Besichtigung zugelassen werden. Es ist mit einem grossen Andrang zu rechnen, zumal die Zeitungen schon vor der Ankunft des Schiffes spaltenlange Berichte über das ozeanische Hotelwunder und seine Rekordfahrt brachten. Jetzt betonen die Blätter besonders, dass der Brand der "Europa", die ja ursprünglich gleichzeitig mit der "Bremen" fertig werden sollte, ihr Glück gewesen wäre, da man sich bei ihrem Neubau die auf der "Bremen" gemachten Erfahrungen hätte zunutze machen können.

+ + +
Eine Stadt der Leichenzüge. Da die Kattowitzer Polizeidirektion eine Verordnung erliess, nach der die Höchstgeschwindigkeit innerhalb der Stadtgebiete nicht mehr als 15 Kilometer pro Stunde betragen darf, haben die Kattowitzer Taxichauffeure einen Tag lang Demonstrationen gefahren, indem sie ihre Wagen noch langsamer schleichen liessen, als sich Fussgänger fortbewegen. Das Strassenbild der Stadt erinnerte im Laufe des ganzen Tages an unzählige Begräbniszüge.

+ + +
Die Wallfahrt der Mütter. Die Mütter von 6 000 amerikanischen Soldaten, die im letzten Kriege auf den französischen Schlachtfeldern fielen und begraben wurden, werden am 1. Oktober dieses Jahres in Frankreich eintreffen, um die Gräber ihrer Söhne zu besuchen. Die Kosten für die Hin- und Rückfahrt sowie für einen 14tägigen Aufenthalt, indessen Verlauf den greisen Gästen u.a. auch Paris gezeigt werden soll, trägt der amerikanische Staat.

+ + +
Unehrlich, aber höflich. Ein Leser eines Pariser Blattes hatte seine Brieftasche verloren, die neben den Ausweispapieren auch 300 Francs an barem Geld enthielt. Einige Tage später brachte die Post dem Verlierer ein kleines Paket. In ihm lag die Brieftasche und folgendes Schreiben: "Hiernit übersende ich Ihnen Ihre Brieftasche und die Papiere. Die 300 Francs habe ich behalten, weil ich sie zweifellos notwendiger gebrauche als Sie. Ich bitte um Entschuldigung, Hochachtungsvoll und ergebenst X."

+ + +
Grossfeuer in der Lederfabrik. Durch ein Grossfeuer wurden die ausgedehnten Fabrikanlagen der München-Gladbacher Lederwerke Rheindahlen A.G. völlig eingeäschert. Das Feuer, dessen Ursache nicht bekannt ist, richtete einen Schaden von mehreren Hunderttausend Mark an; der Fabrikbetrieb ist stillgelegt.

+ + +
Fünftagesgeld in Rumänien. Das erst vor fünf Tagen in Konstanz eingetroffene rumänische Metallgeld, das in England hergestellt und von der rumänischen Nationalbank verausgabt worden ist, wurde auf Regierungsbeschluss nach einem Umlauf von fünf Tagen aus dem Verkehr gezogen. Die neuen Hartgeldmünzen von 5 und 20 Lei sind derartig primitiv, dass sie ohne weiteres gefälscht werden können. Ausserdem haben raffinierte Gauner diese Münzen für 10- und 20 Kronen-Goldstücke zu enormen Preisen an die leichtgläubigen Bauern verkauft.

+ + +
Jubelfeiern in Tokio. In Tokio begannen die auf drei Tage berechneten Jubelfeiern anlässlich der Wiederherstellung der beim Erdbeben von 1923 zerstörten Stadtteile. Anstelle der früheren zerstörten engen Strassenzüge wurden breite neue Alleen angelegt, die der chinesische Kaiser in Begleitung staatlicher Würdenträger und des Bürgermeisters von Tokio Horikiri durchfuhr.

+ + +
Bärenschinkentrichinose: 7 Tote. Die Zahl der Todesopfer der Stuttgarter Bärenschinkentrichinose hat sich mit dem Ableben des 43 Jahre alten Edelsteinhändler Bretzler auf sieben erhöht. Es wird neuerdings behauptet, dass der in Mannheim erschossene Zirkuseisbär, von dem der Katastrophenschinken stammte, schon deswegen nicht als gesund hätte betrachtet werden dürfen, weil der Verlust des Auges, der zur Tötung des Tieres Veranlassung gab, zu mindestens das Vorhandensein einer trichinösen Erkrankung hätte wahrscheinlich machen können. Indes-

sen liegen über den Grund des Verlustes des Auges widerspruchsvolle Meldungen vor. Während die einen behaupten, dass er durch Krankheit entstanden wäre, sprechen andere von einem Unfall.

+ + +
Abkürzung im Jakobowski-Prozess? Nachdem der erste Tag des neuen Jakobowski-Prozesses im Zeichen der neuen Taktik der Frau Kähler stand, die durch eine Reihe überraschender Behauptungen ihre Söhne Fritz und August Nogens entlasten will, um dafür Blöcker und Kreutzfeld in den Vordergrund zu rücken und auch Fritz und August Nogens ihre früheren Geständnisse restlos zurückgenommen haben, hat das ganze logische Gebäude, auf das sich die Anklage des vorigen Jahres stützte, einen unheilbaren Stoss erhalten. Die eventuelle Schuld Jakobowskis stützte sich insbesondere auf die Aussagen der Frau Kähler und auf das Geständnis des Fritz Nogens. Nunmehr aber, betonte Rechtsanwalt Brandt zu Beginn der Dienstag-Verhandlung, sind die letzten Argumente, die für eine Schuld Jakobowskis sprachen, fortgefallen. Auf Grund dieser Tatsache, erklärte Dr. Brandt, der Vertreter der Nebenklage, dass er seinerseits auf die meisten Zeugen verzichten könne. In einer Besprechung sämtlicher Prozessbeteiligten wurde daraufhin im ganzen der Verzicht auf elf Zeugen beschlossen.

Rechtsanwalt Brandt fragte August Nogens: "Geben Sie zu, dass Sie gesagt haben, der arme Russe hat dran glauben müssen, aber seine Mutter, das Aas, geh' vors Beil.?" August Nogens bejaht die Frage, weil angeblich Jakobowski vor seiner Hinrichtung Frau Kähler beschuldigt hätte. Rechtsanwalt Brandt stellt darauf fest, dass Jakobowski niemals ein Mitglied der Familie Nogens der Tat beschuldigt hätte. Weiter sagt August Nogens aus, dass er Paul Kreutzfeld der Anstiftung beschuldigt hätte, weil der ihn verhauen wollte. Im übrigen hätte er sein Geständnis nur abgelegt, weil Kriminalrat Gennat ihm gesagt hätte, dass er im Falle des Geständnisses nicht mehr als zwei Jahre Gefängnis bekäme. Oberstaatsanwalt Dr. Weber: "Ihre Wahrheitsliebe hängt also davon ab, ob Sie schwer oder leichter bestraft werden sollen?"

Blöcker bleibt bei seiner Vernehmung im wesentlichen bei seinen im Vorjahr gegebenen Darstellungen. Fritz Nogens bestreitet die Aussagen Blöckers. Es handelt sich insbesondere darum, wann Blöcker den kleinen Ewald Nogens am Morgen des Mordtages noch gesehen haben will. Kreutzfeld hätte er am fraglichen Tage nicht gesehen. Er selbst stände mit der Tat in keinerlei Zusammenhang.

Tiefe Bewegung löst die Vernehmung des Zeugen Landgerichtsrat Hundt aus, der als Untersuchungsrichter zuerst die Brüder Nogens und Frau Kähler vernommen hatte. Er erzählt, die Behauptung, dass die Geständnisse des Fritz Nogens ihm förmlich abgepresst worden wären, sei frech erlogen. Nogens hätte auch nach Rechtsbelehrung mit Hinweis auf die Todesstrafe sein Geständnis voll aufrecht erhalten. Weiterhin belasten die Bekundungen des Zeugen Hundt den Oberstaatsanwalt Müller, der gleich zuerst dem Nogens gesagt hat, dass er gar nicht der Täter sein könne, weil er am Mordtag nicht in Palingen gewesen wäre. Erst daraufhin hätte Nogens sein Geständnis widerrufen.

+ + +
Ein aufgehobenes Todesurteil. Der vierte Strafsenat des Reichsgerichtes hat in seiner Dienstagssitzung unter Vorsitz von Reichsanwalt Neumann das am 11. Dezember 1929 vom Schwurgericht Schneidemühl auf Todesstrafe und 3 Jahre Zuchthaus lautende Urteil gegen Paul Libuda aufgehoben; die Revision des gleichzeitig zum Tode verurteilten Ludwig Baginski wurde zwar als unbegründet verworfen, aber durch das den Angeklagten Libuda betreffende Revisionsurteil zwangsweise aufgehoben. Die Angeklagten sollen am 25. April 1929 den Chemnitzer Viehhändler Lasch, den sie unter der Angabe, mit ihm Viehverkäufe zu tätigen, nach Schneidemühl gelockt hatten, ermordet und beraubt haben. Der Angeklagte Libuda bestreitet, dass er an dem Morde beteiligt gewesen sei. Er habe zwar, veranlasst durch die Drohungen des Baginsky, die Leiche des Lasch mit begraben, aber von dem Morde selbst oder von einer Vorbereitung zum Morde will er nichts gewusst haben.

Das Schneidemühler Schwurgericht hat auf Grund der Aussagen des Libuda die Tat rekonstruiert, ihm aber in den entscheidenden Punkten, dass er von der Tat nichts gewusst habe, keinen Glauben geschenkt.

In der Revisionsbegründung heisst es, die Annahme einer Mittäterschaft müsse voraussetzen, dass der Mittäter die Tat als seine eigene wolle, unabhängig von dem Willen des anderen. Bei Libuda aber habe das Schwurgericht in Schneidemühl in der Urteilsbegründung festgestellt, dass er unerfahren, geistig minderwertig und nach seiner geistigen und seelischen Veranlagung gar nicht dazu in der Lage wäre, den tödlichen Schuss auf Lasch abzugeben. Mittäter sei aber immer nur wegen Mordes strafbar, wenn sie mit Ueberlegung gehandelt haben. Die Mittäterschaft des Libuda stehe zwar einwandfrei fest, aber das Gericht habe in der Begründung des Urteils nicht die Ueberlegung geprüft. Das Urteil des Schwurgerichts Schneidemühl vom 11. Dezember 1929 in der Sache des Angeklagten Libuda sei deshalb aufzuheben und zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung zurückzuweisen, während Baginskys Revision zwar verworfen, das Todesurteil gegen ihn aber zwangsläufig aufgehoben wurde.

+ + +

Geliebtenmord mit dem Küchenmesser. In Bourbonne - les - Bains (Frankreich) hat eine der reichsten Leute, der Fabrikant Fèbre, in dessen Fabrik über 300 Arbeiter beschäftigt sind, seine Geliebte enthauptet. Fèbre war seit drei Jahren Witwer und unterhielt ein Liebesverhältnis mit der Erzieherin seiner beiden Kinder. Die jahrelangen intimen Beziehungen blieben nicht ohne Folgen. Als das Mädchen schwanger geworden war, erinnerte es den Fabrikanten an das gegebene Heiratsversprechen. Indes versuchte der Millionär die Erzieherin durch eine Kündigung los zu werden. Das Mädchen weigerte sich zu gehen. In einer der letzten Nächte, als die Mutter seines zu erwartenden Kindes neben ihm im Bett eingeschlafen war, nahm Fèbre einen Knüttel, schlug seine Geliebte besinnungslos, schleppte die Ohnmächtige in die Küche, legte sie auf einen Hackklotz und trennte ihr mit dem Küchenmesser den Kopf vom Rumpf. Nachdem der bestialische Mörder die Leichenteile in einen Sack gesteckt und in den Keller gebracht hatte, reinigte er die Küche und legte sich wieder schlafen. Am nächsten Morgen kam er wie üblich in seine Fabrik, als ob nichts geschehen sei. Während der Mittagspause fuhr er im Automobil zu seinem Bruder, berichtete ihm die Tat und bat ihn, ihm zu helfen, alle Spuren des Mordes zu verwischen. Der Bruder telefonierte jedoch seinem Onkel, dem Beigeordneten der Stadt und dieser veranlasste die Verhaftung des Neffen. Fèbre selbst ist Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von Bourbonne les Bains.

+ + +

Der Papageienerreger. Dr. Walter Levinthal machte in der Mikrobiologischen Gesellschaft in Berlin Mitteilungen über den Stand seiner im Robert-Koch-Institut vorgenommenen Arbeiten zur Erforschung des Erregers der Psittakosis, der überhaupt kein mikroskopisch sichtbarer Bazillus wäre, sondern ein filtrierbarer und mit den gewöhnlichen mikroskopischen Untersuchungsmethoden nicht wahrnehmbarer Virus. Entsprechende Feststellungen sind übrigens auch in London gemacht worden. Es war notwendig, verendete Papageien auszugraben, um sie bakteriologisch einer genauen Prüfung zu unterziehen. Dr. Levinthal hat zu seinen Untersuchungen Papageienleichen verwandt, auf die Erkrankungs- und Todesfälle in Stolpmünde, Stendal und Horst zurückzuführen waren. Die Kadaver waren ziemlich gut erhalten. Mit ihnen wurden afrikanische Papageien gefüttert, die als Versuchstiere dienen mussten. Es zeigte sich, dass die infizierten Tiere ungeschwächt ansteckend waren.

Gewerkschaftliche Bündnis

Stahl-Moloch als Menschenfreund.

Zum Spiel mit dem Stahlwerk Becker.

SPD. "Das Stahlwerk Becker kann weiterbestehen." Die Presse der Schwerindustrie besingt den Edelmut der Werksleitung, deren Bedingungen für Weiterarbeit und Vermeidung sofortiger Stilllegung angeblich "weitgehendes Entgegenkommen" offenbaren. "Das Angebot der Arbeitgeber", schreibt die "Kölnische Zeitung", zeugt von hohem Verantwortungsbewusstsein der industriellen Führer. Die Eisenindustrie bringt ein zweifaches Opfer, ein finanzielles sowie den Verzicht auf sofortige Durchführung der als richtig erkannten Konzentrationspläne. Jetzt steht die Verantwortung für die Entscheidung bei den Gewerkschaften, die das Abkommen als Tarifpartei gegenzeichnen müssen. Wir hoffen, dass sie im gleichen Gefühl der Verantwortung auf die Durchsetzung lohnpolitischer Theesen verzichten und die Durchführung eines Abkommens ermöglichen werden. Es handelt sich um die Erhaltung der Existenz mehrerer tausend Menschen und um das Wohlergehen einer Stadt."

Die Kölnische hat sich da eine ganz nette Fabel zurecht gemacht, die man überschreiben könnte: Der gute Fridolin und der böse Dietrich. Das Spiel, das mit dem Stahlwerk Becker und seiner Belegschaft getrieben wird, wird jetzt allmählich klar. Die Gewerkschaften sollen das Angebot des Angestellten- und Betriebsrats, das auf eine Lohnsenkung hinausläuft, akzeptieren und sanktionieren. Die Folge davon wäre, dass an allen Ecken und Enden im Reich die Gelben in den Betrieben mobil würden, um mit ähnlichen Lohnsenkungsangeboten herauszurücken und auf diese Weise die Lohnabbauoffensive auf der ganzen Linie in Gang zu bringen. Dass die Arbeitgeber bei ihrem Spiel mit dem Stahlwerk Becker mehr wollen als eine zweifelhafte Hilfsaktion für die von der Stilllegung bedrohte Belegschaft, das hat bereits die Bergwerkszeitung angekündigt. Jetzt im Anschluss an die Veröffentlichung der Bedingungen der Werksleitung zur Vermeidung der Stilllegung hat die Rheinisch-Westfälische Zeitung in aller Seelenruhe die Katze aus dem Sack gelassen. Sie erklärt: "Gehen die Gewerkschaften auf das Angebot der Belegschaft und die daran geknüpften Bedingungen der Arbeitgeberseite ein, dann wird durch die Inangenhaltung des Werkes eine ganz neue Entwicklung der deutschen Wirtschaftsgeschichte eingeleitet, die in ihrer prinzipiellen Bedeutung selbst über Deutschland hinaus nicht ohne Beachtung bleiben wird."

Das ist deutlich genug. Die Herrschaften wollen mehr nur ihr menschenfreundliches Herz offenbar; sie wollen höher hinaus. Für sie handelt es sich bei der Vermeidung der Stilllegung des Stahlwerks Becker auf dem Wege einer Lohn- und Gehaltssenkung um eine prinzipielle Angelegenheit. In dem Augenblick aber, wo dieser Sachverhalt völlig klar zutage liegt, wird es für die Gewerkschaften unmöglich, aus dem Verzweiflungsakt einer durch brutale Rationalisierung in die Enge getriebenen Belegschaft eine Waffe gegen sich selbst zu schmieden. Die Gewerkschaften sollen sich - darauf läuft das Manöver der Stahlherren hinaus - durch eine Sanktionierung des Gehalts- und Lohnabbauangebotes und der Bedingungen der Werksleitung zur Fortführung des Betriebes selbst die Schlinge um den Hals legen. Wenn das Manöver gelänge, dann wäre das für die Arbeitgeber ein ganz gewiss nicht zu verachtender Erfolg. Warum sollen angesichts solcher Möglichkeiten die Stahlherren in der Frage der Weiterfüh-

zung des Betriebes nicht mit sich reden lassen? Sie können das umso eher, als sie bei der Weiterführung ja gar nichts riskieren! Aus dem Angebot der Werksleitung geht hervor, dass nur für ein Jahr die Weiterführung zugesagt werden soll. Ein Jahr wird sowieso der Übergang dauern. Man wird nicht sofort auf die Minute das Stahlwerk Becker schliessen und sämtliche Leute nach Hause schicken. Man baut allmählich ab. Diplomatisch ist ja bereits in dem Angebot der Werksleitung eine Entlastung der Betriebe von allen nicht unbedingt erforderlichen Arbeitern und Angestellten verlangt worden. Auf Deutsch heisst das: ganz ohne Abbau geht es nicht. Aber man kann natürlich bremsen. Wenn sich in Zwischenzeit die Konjunktur bessert, kann selbstverständlich weitergearbeitet werden - auch nach einem Jahr. Bessert sie sich nicht, dann schwebt eben nach einem Jahr genau so wie heute das Domoklessschwert der Stilllegung über der Belegschaft. Der Konzernmoloch wird das Werk dann doch verschlingen, wie er es schon jetzt verschlingen möchte, nicht weil die Löhne und Gehälter etwas zu sehr auf die Rentabilität drücken, sondern weil die Quotenverteilung es so will. Das übernehmende Werk soll durch Verlegung der Erzeugung aus dem Stahlwerk Becker auf den Standort der Konzernwerke zusätzliche Auftragsmengen erhalten, damit es seinen Leerlauf ausschalten kann.

Alles im Leben hat seine Grenzen, auch die Rationalisierung, weil sonst Vernunft Unsinn wird. Auch die Kölnische kann bei ihrer Erörterung des Falles des Stahlwerks Becker das eständnis nicht unterdrücken, dass Wirtschaften in der Praxis nicht in der ersten Linie restlose Durchführung des wirtschaftlichen Prinzips, sondern Menschenführung und Menschenerhaltung bedeutet. Quoten oder Menschen? Bis jetzt sehen wir nur ein Verzweiflungsangebot der Belegschaft, die aus Angst vor Arbeitslosigkeit sich mit geringerem Gehalt und Lohn abfinden will. Die Annahme eines solchen Verzweiflungsangebots durch die Werksleitung ist für die Unternehmerpresse bereits eine Rumestat der Stahlherren. Die Gewerkschaften sollen die Rolle des bösen Dietrich übernehmen, der nichts von einer Lohnsenkung wissen will und damit die armen Arbeiter und Angestellten des Stahlwerks Becker, in die Arbeitslosigkeit treibt. Der Stahl-Moloch als Menschenfreund!

SPD. Der neueste Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes gibt einen lehrreichen Einblick in die Leistungen der Sozialversicherung im vergangenen Jahr. In der Invalidenversicherung wurden 1929 insgesamt 460 677 Renten bewilligt und zwar 269 384 Invaliden=, 123 327 Witwen (Witwer)= und 67 966 Waisenrenten. Weggefallen sind im Jahre 1929 159 446 Invaliden=, 26 012 Witwen (Witwer)=, 166 927 Waisen=, 1 339 Kranken=, 7 454 Alters= und 151 Witwenkrankenrenten. Am 1. Januar 1930 liefen 1 998 610 Invaliden=, 20 264 Kranken=, 50 620 Alters=, 486 644 Witwen (Witwer)=, 2 304 Witwenkranken= und 690 965 Waisenrenten, im ganzen also 3 249 407 Renten.

Etwa 1 225 Millionen RM betragen 1929 die Gesamtleistungen der Invalidenversicherung (ohne die Leistung an die Versicherungsträger des Saargebiets). Trotz der fühlbar werdenden Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage gestalteten sich die Beitragseinnahmen im Jahre 1929 noch nicht ungünstig. Sie können mit insgesamt rund 1 094 Millionen RM angenommen werden. Nach den vorläufigen Schätzungen dürfte sich das Vermögen im Laufe des Jahres 1929 um rund 290 Millionen RM auf etwa 1 568 Millionen RM erhöht haben.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung brachte das Gesetz vom 18. Mai 1929 gewisse Erweiterungen der Wochenhilfe. Von den für das laufende Rechnungsjahr zur Zahlung von Reichszuschüssen für Familienwochenhilfe insgesamt zur Verfügung gestellten 33 Millionen RM sind bis zum 31. Dezember 1929 mehr als 17 Millionen RM an die Kassen verausgabt worden.

Der Unfallversicherung unterstanden 1929 rund 27 000 000 Personen. Hierzu

kommen noch die bei den 14 Zweiganstalten der Baugewerks=Berufsgenossenschaften der Tiefbau=und der See=Berufsgenossenschaft Versicherten. Der Gesamtaufwand für die Unfallversicherung belief sich im Geschäftsjahr 1929 auf rund 400 000 000 RM (1928: 377 454 800 RM. Steigerung demnach rund 23 000 000 RM). Unfälle wurden 1929 1 491 556 gemeldet (1928: 1 453 286). Die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle betrug 167 781 (1928: 160 303).

Mit dem 1. Januar 1929 ist die Zweite Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten vom 11.2.1929 (Reichsgesetzbl. I S.27) in Kraft getreten, durch die der Kreis der zu entschädigenden Berufskrankheiten wesentlich ausgedehnt und eine weitgehende Rückwirkung vorgesehen ist. Für diese sogen. Rückwirkungsfälle ist im Reichsversicherungsamt der Senat für Berufskrankheiten gebildet worden, bei welchem Ende 1929 bereits 1 784 Streitsachen anhängig waren.

+ + +

Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes über die Leistungen der Sozialversicherung dürfte die Gegner des sozialen Fortschrittes wieder einmal veranlassen, über das "Ideal des Sozialrentners", das angeblich Deutschland ruiniert, zu wettern. Zur Beruhigung dieser Herrschaften wollen wir ein paar Zahlen mitteilen, die deutlich zeigen, wie wenig die heutigen Leistungen der Sozialversicherung für den Arbeitnehmer ein Anreiz sind, ein Sozialrentner da=sein zu führen. Das durchschnittliche Existenzminimum, das dem einzelnen Vollrentner aus der Sozialversicherung gewährt wird, beträgt im Monat 40, für Ehepaare 50 bis 60 Mark. Dieses Einkommen der Sozialrentner, d.b. die Rente wird, wenn sie und andere Bezüge für den Rentner nicht ausreichen, durch Leistungen der Wohlfahrtspflege bescheiden ergänzt. Die durchschnittliche Invalidenrente auf Grund der Reichsversicherungsordnung beträgt für den Arbeiter rund 33 Mark im Monat, die durchschnittliche Rente auf Grund der Angestelltenversicherung 60 bis 65 für den Angestellten und 70 bis 75 Mark für den Werkmeister.

Kann ein Sozialrentner mit 30 bis 60 Mark im Monat auskommen? Ein Rätsel. Nicht allen gelingt das Kunststück, wie die ständige Steigerung der Selbstmordziffern zeigt.

SPD. Der argentinische Bundespräsident hat durch Regierungsdekret den acht stündigen Arbeitstag für die ganze Republik in Kraft treten lassen. Für die Arbeiterschaft der Schiffsindustrie, der Eisenbahnen und im öffentlichen Dienst hat die Regierung durch einen besonderen Erlass die neue Arbeitseinteilung zunächst bis zum 12. September verschoben. Diese Massnahme stösst vor allem in den Kreisen der Eisenbahner auf scharfe Kritik, die zum Teil die Form von Streikandrohung annimmt.

SPD. In den Vereinigten Staaten haben die Kohlenarbeiter des Staates Illinois nach zweijährigem Kampf die Anerkennung der Gewerkschaft durch die Kohlengesellschaften restlos durchgesetzt. In Illinois sind damit jetzt sämtliche Kohlenarbeiter organisiert.

Agrarzollvorlage und Brotpreis.

Von Dr. Fritz Baade.

SPS. Die von der Sozialdemokratie befürwortete Magazinierungspolitik, mit deren Hilfe die Stützungsstelle heute in Deutschland über einen Roggenwert von 400 000 Tonnen verfügt, hatte bisher eine Lücke, die durch die neue jetzt dem Reichstag vorliegende Vorlage geschlossen werden soll: sie war nämlich mit der Gefahr belastet, dass die Brotgetreidereserve mit Verlust verkauft werden muss, falls auf eine reiche Ernte oder wie jetzt auf zwei reiche Ernten nicht eine knappe, sondern nochmals eine reiche Ernte folgt. Hier wird durch die neue Vorlage Abhilfe geschaffen und zwar durch das Maismonopol und durch die Änderung des Gerstenzoll. Damit wird Sicherheit gegeben, dass die Roggenüberschüsse auch bei der Aufeinanderfolge mehrerer guter Ernten als Futtermittel verwandt werden können. Eine Verteuerung der tierischen Produktion tritt hierdurch nicht ein; denn gleichzeitig mit der allgemeinen Erhöhung des Gerstenzoll auf M 10.- tritt die Ermächtigung für die Regierung ein, den Gerstenzoll auf M 2.- für diejenigen Landwirte zu senken, die neben der Gerste eine entsprechende Menge von eosiniertem Futterroggen erwerben.

Diese neuen Mittel zur Roggenstützung entfernen sich nun vollends von der überlieferten Form der Zölle. Mit starren Zöllen und mit Einfuhrscheinen in der Höhe des Zolles wurde blindlings darauf losgewirtschaftet, ehe die Sozialdemokratie bei der Preisbildung des Getreides neue Wege wies. Heute haben wir bereits: 1.) Bewegliche Zölle für Roggen und Weizen, 2.) Verzicht auf die Erhöhung des Einfuhrscheinwertes, 3.) ein staatliches Roggenausfuhrmonopol (Deutsch-polnisches Roggenabkommen). Nach den neuen Vorlagen wird ein staatliches Maismonopol und eine Handhabung des Gerstenzoll hinzukommen, die planmäßig in den Dienst der gemeinwirtschaftlichen Roggenstützung gestellt werden soll.

Dass mit einer solchen Politik nicht Verbraucherinteressen geschädigt, sondern entsprechend dem Bekenntnis der Sozialdemokratie in ihrem Kieler Agrarprogramm, die gemeinsamen Interessen von Erzeugern und Verbrauchern gefördert werden, ist leicht zu erkennen. Liesse man die Roggenpreise bis zu dem Masse zurückgehen, wie sie es ohne die im Dezember geschlossenen und die jetzt neu vorgeschlagenen Massnahmen tun würden, so könnte der Verbraucher zwar vielleicht für den Augenblick billigeres Brot haben, allerdings unter der Voraussetzung, dass die Brotpreise überhaupt diesem Sturz der Getreidepreise folgen würden. Doppelt und dreifach müsste er aber diesen kleinen Vorteil in den nächsten Jahren in unerhört hohen Brotpreisen zurückzahlen und die Hoffnung auf einen niedrigen Weltmarktpreis für Roggen würde in dem Augenblick in nichts zerrinnen, wo man ernsthaft durch unerträglich niedrige Preise die deutsche Roggenproduktion zerschlagen hat. Der "Roggenweltmarkt" ist ja überhaupt eine ganz irrige Vorstellung. Seine Gesamtkapazität beträgt rund 1 Million Tonnen, während allein die deutschen Roggenernten, je nach dem Witterungsausfall, um 2 Millionen Tonnen und mehr schwanken. Bei guten Ernten exportiert Deutschland 1/2 Million Tonnen Roggen und die Preise sinken dann auf dem "Weltmarkt" ins Bodenlose, besonders wenn dann noch Polen und Russland gleichzeitig ihre Roggenüberschüsse

verschleudern. Bei schlechten Ernten muss Deutschland 1/2 Million Tonnen Roggen importieren und die Preise stiegen dann auf das Doppelte und Dreifache. Vollkommen unausdenkbar wäre schliesslich die Brotteuerung, wenn Deutschland seine Roggenproduktion versacken liesse und dann auf diesem Weltmarkt, der ja keiner ist, seinen ganzen Roggenbrotbedarf der städtischen Bevölkerung, nämlich $3\frac{1}{2}$ - 4 Millionen Tonnen Roggen, kaufen wollte. Eine Politik, die den Roggenpreis stützt, wenn er infolge guter Ernten und infolge der Schleuderpolitik Sowjetrusslands ganz abzusinken droht, die dadurch den deutschen Roggenbau und die Grundlage unserer Brotversorgung erhält und eine Politik, die bei reichen Ernten eine Brotgetreidereserve für den Fall einer Missernte anlegt, ist daher nicht nur eine gute Agrarpolitik, sondern vor allem und in erster Linie die beste Verbraucherpolitik!

SPD. Die Ausgaben des Etats für 1930 (ordentlicher und ausserordentlicher Haushalt) ergeben folgendes Gesamtbild:

	<u>1930</u>		<u>1930 gegen 1929</u>
			<u>einschl. Nachtrag</u>
	(in 1000 Mark)		
Reichspräsident.	649	+	12
Reichstag	8.234	-	185
Reichskanzlei.	2.557	-	455
Auswärtiges Amt	63.273	-	2.207
Innenministerium	48.448	-	3.927
Besetzte Gebiete.	18.013	-	7.679
Wirtschaftsministerium.	20.442	-	2.481
Reichswirtschaftsrat.	777	-	15
Arbeitsministerium.	1.232.471	-	118.286
Wehrministerium.	715.937	+	40.410
Justizministerium.	15.539	+	1.033
Ernährungsministerium.	66.806	+	35.783
Verkehrsministerium.	237.651	+	25.384
Versorgung u. Ruhegehälter.	1.761.837	-	17.063
Rechnungshof u. Reichssparkommissar.	3.302	-	199
Reichsschuld.	991.948	+	483.848
Finanzministerium.	542.851	+	29.883
Allgemeine Finanzverwaltung (abzüglich der Ueberweisungen an die Länder)	259.483	-	62.086
Kriegslasten.	2.209.308	+	409.202

Diese Zahlen sind rohe Ausgabenzahlen und stellen nicht den Zuschussbedarf der einzelnen Etats dar. Ueber besonders bedeutsame Veränderungen auf der Ausgabenseite des Reichshaushalts sei folgendes mitgeteilt:

Die auffallende Verminderung der Gesamtausgaben des Etats des Reichsarbeitsministeriums um 118 Millionen erklärt sich daraus, dass nach dem Finanzprogramm der Reichsregierung einstweilen die Reichszuschüsse an die Arbeitslosenversicherung im Jahre 1930 nur bis zur Höhe von 150 Millionen in den Haushalt eingestellt sind. Im Etat 1929 (einschl. Nachtrag) waren für diese Zwecke Ausgabenansätze in Höhe von 372,5 Millionen enthalten. Allein aus dieser Verminderung erklärt sich bereits die Senkung der Gesamtausgaben. Im Etat des Reichsarbeitsministeriums für 1930 sind die Zahlungen des Reichs für Zwecke der Invalidenversicherung aus Zollmitteln um 20 Millionen vermindert. Dafür soll die Zahlung dieser Mittel bis zum Jahre 1940 verlängert werden. Ausserdem ist im Etat eine Verminderung der Zahlungen für Familienwochenhilfe von 32 auf 15 Millionen enthalten, die aber dank des Widerstandes der Sozialdemokratie nicht Wirklichkeit werden wird. Diesen Verminderungen stehen Erhöhungen gegenüber,

die die Reichszuschüsse zur Invalidenversicherung um 12 Millionen auf 219 Millionen, die Ausgaben für die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge von 21 auf 55 Millionen steigern. Dazu sind in den Etat 55 Millionen neu zur Bildung eines Notstocks der Arbeitslosenversicherung eingestellt.

Von der Mehraufstellung im Reichswehretat von rund 40 Millionen entfallen rund 25 Millionen auf den Etat des Heeres, 15 Millionen auf den Etat der Marine. Von den Erhöhungen nimmt das Heer 1,9 Millionen Mark für Besoldung, 10,5 Millionen Mark für Wiederanforderung von im Haushalt 1929 vorgenommenen "nur einmal erträglichen Abstrichen", 7,2 Millionen Mark für Preissteigerungen und 2,3 Millionen für angebliche Erhöhung der Arbeiterlohntarife in Anspruch. Im Etat der Reichsmarine wird die Erhöhung der Ausgaben fast ausschliesslich durch Mehrbedarf bei den einmaligen Ausgaben herbeigeführt. Hier werden für Schiffsbauten und Armierungen 5 Millionen, für Rationalisierung der Werft Wilhelms-haven und des Arsenals Kiel usw. 3,7 Millionen, zur Verbesserung und Vervollständigung der Verteidigungsmittel, und zur Förderung der Waffenausbildung 4,7 Millionen Mark mehr angefordert.

Die Erhöhung der Ausgaben des Reichsernährungsministeriums um 35,7 Millionen bedeutet fast eine Verdoppelung dieses Etats. Die Mehranforderungen entstehen aus einer geringfügigen Erhöhung der fortdauernden Ausgaben. Bei den einmaligen Ausgaben erstrecken sich die Mehrforderungen auf

	1929	1930	1930 mehr
	(in 1000 Mark)		
Landwirtschaftliche Betriebsumstellung und Absatzförderung.	13.000	18.500	5.500
Zinsverbilligung für landwirtschaftliche Bodenverbesserungen.		2.000	2.000
Förderung des Weinbaus.	1.250	2.127	877
Kredite und Beihilfen an die Treibnetzheringsfischerei.	500	750	200
Förderung der Bewegung der Getreidernte.	3.750	7.500	3.750
Reichsbeteiligung an der Deutschen Bodenkultur A.G.	-	16.000	16.000
Stützung der Schlachtviehmärkte.	-	6.000	6.000
Darlehen zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung.	-	1.500	1.500

Die Mehrausgaben im Etat des Reichsverkehrsministeriums sind in Höhe von 17 Millionen auf erhöhten Ausgabebedarf bei den Kanalbauten (im ausserordentlichen Haushalt) zurückzuführen. Im ordentlichen Haushalt werden für die Wasserstrassen rund 3½ Millionen, zur Tilgung von Darlehen der Deutschen Luft-hansa A.G. 2 Millionen mehr angefordert als 1929.

Die Steigerung der Ausgaben der Reichsschuldenverwaltung erklärt sich aus der Einsetzung eines Tilgungsfonds für die schwebende Schuld des Reichs in Höhe von 450 Millionen. Die Einsetzung beruht auf dem bekannten Beschluss des Reichstages von Ende Dezember 1929.

Von den Ausgabeerhöhungen im Etat des Reichsfinanzministeriums sind 7½ Millionen auf einen Mehrbedarf der Landesfinanzämter zurückzuführen. Rund 4 Millionen entfallen auf Neubauten, 18 Millionen Mehrbedarf sollen dem Erwerb junger Aktien aus der Kapitalerhöhung der Dachgesellschaft der Reichsunternehmungen, der Viag, dienen.

Im Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung, der zwar 62 Millionen niedriger ist als 1929 werden 13 Millionen für die Abrechnung der Entschädigungs- und Aufwertungsansprüche der Länder an das Reich, 2 Millionen auf Notstandsbeihilfen an Reichsbeamte, 5 Millionen auf Zuschüsse zur Sicherung und Förderung des deutschen Tabakbaues mehr gefordert.

Die starke Erhöhung der Ausgaben des Kriegslastenetats erklärt sich zum

Teil daraus, dass in die aus dem Reichshaushalt nach dem Neuen Plan zu leistenden Reparationszahlungen auch die Reparationssteuer der Deutschen Reichsbahn mit einem Mehrbetrag von 275 Millionen aufgenommen ist, die dem Kriegslastenetat auf der Einnahmeseite wieder zufließt. Für Entschädigungszahlungen werden 1930 = 28 Millionen, für Beihilfen an die für Waffenherstellung für Heer und Marine zugelassenen Fabriken zu den Kosten der Betriebsumstellung 6 Millionen und für die Sondereinlage bei der Internationalen Bank 65 Millionen Mark mehr angefordert.

SPD. Der Reichsbankausweis für die Woche zum 22. März ist unverändert von der Tendenz einer schwachen Kreditbeanspruchung und einer Zunahme der Gold- und Devisenbestände beherrscht.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich (eine Rekordzunahme!) um 50 Millionen auf 2942,4 Millionen Mark erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 11,3 Millionen auf 2491,8 Millionen, die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 38,7 Millionen auf 450,6 Millionen Mark zugenommen. Der Goldbestand machte im Vorjahr 2646,9 Millionen und der Devisenbestand 67 Millionen Mark aus.

In der Kreditbeanspruchung ist ein Rückgang um 147,4 Millionen auf 1653,6 Millionen Mark eingetreten (Vorjahrsstand = 1809,6 Millionen Mark). Im einzelnen haben sich die Bestände an Handelswechseln und Handelschecks um 134,7 auf 1504,7 Millionen Mark (Vorjahrsstand = 1672,9 Millionen Mark) und die Lombardbestände um 12,7 Millionen auf 55,6 Millionen Mark (Vorjahrsstand = 43,6 Millionen Mark) abgenommen. Bestände an Reichsschatzwechseln sind wie am Ende der Vorwoche nicht vorhanden. Die fremden Gelder haben sich um 134,6 Millionen auf 593,1 Millionen Mark erhöht.

Im Zusammenhang damit besserte sich die Deckung der Noten durch Gold allein von 58,1% in der Vorwoche auf 60,6%, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 67,8% auf 71,6%.

SPD. Die Aufsichtsräte der Hapag und des Norddeutschen Lloyd haben am Dienstag dem am Sonnabend angekündigten Fusionsvertrag zugestimmt. Für den 15. April sind die Generalversammlungen beider Gesellschaften zur endgültigen Genehmigung einberufen worden. Zu dem Vertragsabschluss geben die Gesellschaften ein längeres Kommuniqué heraus, dessen wesentliche Punkte lauten:

Die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd haben in einem Vertrag von 50 jähriger Dauer vorbehaltlich der Zustimmung durch die Generalversammlungen beschlossen, ihre gesamte wirtschaftliche Betätigung unter Verzicht auf jeden Vorrang in gegenseitiger Unterstützung und Förderung nach einheitlichen Gesichtspunkten und unter einheitlichem Zusammenwirken auszuüben. Beide Gesellschaften bleiben selbständig mit dem Sitz in Hamburg und Bremen. Sie bewahren ihren bisherigen Charakter dadurch, dass sie getrennte Aufsichtsräte behalten, deren Mitglieder wie bisher in ihrer Mehrzahl in Hamburg bzw. in Bremen ansässig sein müssen. Zur Besprechung gemeinsamer Angelegenheiten treten die Aufsichtsräte durch eine Anzahl ihrer Mitglieder zu einem Gemeinschaftsrat zusammen. Eine volle Vereinigung der Interessen erfolgt:

1. Der Vorstand beider Gesellschaften soll aus den gleichen Personen bestehen. Dabei ist eine Majorisierung für den Fall einer zeitweisen zahlenmäßig nicht gleichen Besetzung von beiden Seiten ausgeschlossen. 2. Beide Gesellschaften machen auf gleicher Grundlage ihre jährlichen Bilanzen auf. Die sich ergebenden Gewinne werden so verteilt, dass beiden Gesellschaften der gleiche Betrag für Abschreibungen, Reservebildungen und eventuelle Verteilung einer

Dividende zur Verfügung steht, die künftighin für beide Gesellschaften gleich sein wird; 3. Sämtliche Dienste beider Gesellschaften werden einheitlich geleistet und führen eine auf den Gemeinschaftsbetrieb hinweisende Bezeichnung. Die Fahrpläne werden gegenseitig so abgestimmt und vereinheitlicht, dass der grösstmögliche Nutzen erzielt wird. Die Schiffe werden auf den wirtschaftlich am meisten geeigneten Linien eingesetzt, wobei auf die Besetzung der Dienste mit möglichst gleichmässigen und gleichwertigem Betriebsmaterial Bedacht genommen wird. Die Ankündigung der Dienste sowie ihre Reklame- und Propagandamaassnahmen geschehen für beide Gesellschaften gemeinsam. Fahrtausweise in den gemeinsamen Diensten werden wahlweise auf Hamburg und Bremen ausgestellt. Erweiterung bestehender und Aufnahme neuer Schifffahrtsdienste, Ankauf und Bau von Schiffen usw. erfolgt auf gemeinsamen Beschluss. Das gleiche gilt für das Verhältnis einer der beiden Gesellschaften zu Dritten.

Das Kommuniqué besagt zum Schluss: Dieser Zusammenschluss erfolgt auf der Grundlage absoluter und bleibender Parität. Die Parteien sehen ihre Schiffs- und ihre sonstigen Aktiven, Ansprüche und Passiven als durchaus gleichwertig an, sodass auch ein Austausch von Schiffen nicht in Frage kommt. Sie verzichten ausdrücklich darauf, während des Vertragsverhältnisses auf Kosten der anderen ihre Position in irgend einer Weise zu stärken.

Mit dieser Gesamtlösung haben die Vorstände aus eigener Verantwortung und aus eigener Initiative unter Zustimmung ihrer Aufsichtsräte dem seit Jahrzehnten bestehenden Wettstreit der Interessen zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd ein Ende bereitet.

SPD. Das Geschäft auf der Kölner Messe war am Montag und Dienstag im Durchschnitt schwächer als am Sonntag. Im Haus- und Wohnbedarf gaben die Einkaufsgenossenschaften Aufträge. Gutes Geschäft wurde in Sportartikeln erzielt. Die Oesterreicher sind mit dem Verkauf von Kunstgewerbearbeiten zufrieden. Als gut wird auch das Geschäft auf der Technischen Messe bezeichnet. Hier sind neben deutschen auch holländische und französische Interessenten am Markt. Besonders Interesse, auch bei den Ausländern, besteht für Artikel der Ferngasversorgung.

Berliner Viehmarkt.

(25. März.)

SPD. Bei ausreichendem Angebot gab es auf dem Schweinemarkt ziemlich glattes Geschäft, das jedoch am Schluss nachliess. Auf dem Kälbermarkt war regere Nachfrage, die sich lokal (bevorstehende Einsegnung) erklärt. Auf dem Rindermarkt waren bei genügendem Auftrieb die letzten Notierungen massgebend.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 41-46 (voriger Markt 42-47), b) 32-40 (33-40), c) 28-30 (28-31) d) 22-27 (22-27), Kälber: a) (-), b) 78-83 (78-85), c) 62-80 (62-80), d) 40-60 (40-60), Schweine: a) (über 300 Pfund) 72 (73-74), b) (240-300 Pfd) 70-72 (73-74), c) 200-240 Pfd. 69-72 (72-74), d) (160-200 Pfd.) 66-69 (70-72), e) (120-160 Pfd.) 65-67 (68-69), f) (unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen) 64-65 (67).

SPD. Die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein weist für das abgelaufene Geschäftsjahr (Oktober 1928 bis September 1929) einen Reinüberschuss von 327,69 Millionen Mark aus gegenüber 264,74 Millionen Mark im Vorjahr. Allerdings sind in der Bilanz die Vorräte bedeutend höher als im verflossenen Jahr bewertet worden. Die Bestände haben sich vermehrt und zwar übernahm die Monopolverwaltung in das neue Geschäftsjahr 1929/30 = 887 400 Hektoliter gegen 503 800 hl im Jahre 1927/28 und 349 743 hl im Jahre 1926/27. Man wird also noch im Laufe des Jahres das Brennrecht ganz erheblich heruntersetzen müssen. Im übrigen ergibt sich die Unhaltbarkeit unserer Branntweinpolitik, mit der auch diejenigen Betriebe in der Landwirtschaft belastet werden, die wirklich auf den Brennbetrieb angewiesen sind.

Abgesetzt wurden im verflossenen Betriebsjahr 2 611 353 hl gegen 2 224 160 hl im Vorjahr. An dem Mehrabsatz ist der Verkauf an die Industrie (steigender Monopolinverbrauch) beteiligt. Da hier zu ermässigten Preisen abgegeben wird, konnten die Ausfälle durch die Abnahme im Verbrauch von Trinkwein, der mit erhöhten Preisen bezahlt wird und mit dem man das Geschäft macht, nicht ausgeglichen werden. Der Absatz von Trinkbranntwein, der zum regelmässigen Verkaufspreis abgegeben wird, ging von 663 143 hl auf 661 782 hl. zurück. Der Rückgang dürfte viel grösser sein, da infolge der Erhöhung der regelmässigen Verkaufspreise eine Voreindeckung stattgefunden hat. Auch für die ersten 4 Monate des neuen Geschäftsjahres 1929/30 wird ein Rückgang im Absatz von Trinkbranntwein in Höhe von 40% gegenüber dem gleichen Abschnitt des Berichtjahres angenommen. Die Monopolverwaltung führt das auf den allgemeinen Rückgang im Genuss alkoholischer Getränke zurück, ferner auf die billigen aufgespritzten Südweine, auf den heissen Sommer 1929 und den milden Winter 1929/30 und schliesslich auf die Preis-erhöhung. Die Preiserhöhung dürfte kaum von Bedeutung sein, da die Erhöhung der Hektoliterabgabe von 500 auf 600 Mark den Kleinverkauf kaum nennenswert belastet. Unserer Auffassung nach ist die Abnahme im Genuss von alkoholischen Getränken der ausschlaggebende Faktor. Dem muss in der Branntweinpolitik durch eine allgemeine Reform Rechnung getragen werden.

SPD. Die als Studiengesellschaft gegründete Ruhrstahl A.G. hat am Dienstag ihr Kapital von 50 000 Mark auf 36 Millionen erhöht. Die neuen Aktien werden zur Uebernahme der Anlagen der Henrichshütte in Hattingen, des Gussstahlwerks Witten in Witten, der Rheinisch-westfälischen Stahl- und Walzwerk A.G., Gelsenkirchen (mit Ausnahme der Hattinger Gussstahlwerke) und der Annener Gussstahlwerke A.G. in Brackwede dienen. Zwischen der Henschel & Sohn-A.G. Kassel und den Vereinigten Stahlwerken ist der Abschluss eines Freundschaftsabkommens beabsichtigt, das ein engeres Zusammenarbeiten beider Konzerne, insbesondere die gegenseitige Belieferung gewährleisten soll. Die auf die Henschel & Sohn A.G. für die Henrichshütte entfallenden 21 Millionen Mark Aktien der Ruhrstahl A.G. werden auf Grund des Abkommens voraussichtlich sofort von den Vereinigten Stahlwerken übernommen werden. Die Verhandlungen sind noch nicht zum Abschluss gelangt. Die Ruhrstahl A.G. wird nach Uebernahme der oben genannten Betriebe voraussichtlich eine jährliche Erzeugung von etwa 450 000 bis 500 000 Tonnen Rohstahl haben.

Roggen wieder schwach.

(Berliner Getreidebörse vom 25. März.)

SPD. Am Dienstag trat an der Börse für Weizen eine merkliche Erhöhung ein. Am Markte der Zeitgeschäfte konnte Weizen um etwa $1\frac{1}{2}$ - 2 Mark anziehen; auch im Handel mit effektiver Ware wurde er um 2 Mark höher bezahlt. Bei knappem Angebot machte sich recht gute Kauflust bemerkbar. Dagegen war für Roggen die Stimmung recht schwach. Am Markte der Zeitgeschäfte gingen schon bei der Eröffnung die Notierungen zurück, sie schwächten sich im Verlaufe der Börse noch mehr. Auch im Handel mit effektiver Ware zeigte sich keine grosse Kauflust sodass trotz knappen Angeboten auch hier Preisrückgänge zu verzeichnen waren. Mehl hatte sehr geringes Geschäft bei unveränderten Forderungen der Mühlen. Nur für Hafer war etwas freundlichere Stimmung. Bei zunehmender Kauflust liessen sich etwas höhere Preise erzielen.

	<u>24. März</u>	<u>25. März.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	247 - 248	247 - 248
Roggen	144 - 147	142 - 145
Braugerste	162 - 172	162 - 172
Futter- und Industriergerste	142 - 152	143 - 153
Hafer	128 - 138	128 - 138
locō Mais Berlin	162	163
Weizenmehl	27,25-35.00	27,25-35.00
Roggenmehl	20,75-24.00	20,65-23,90
Weizenkleie	8,25- 8,75	8,50- 9,00
Roggenkleie	8,50- 9,00	8,50- 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai $264\frac{1}{2}$ -265 (Vortag 263), Juli 270 und Geld (268). Roggen März 157 (158), Mai $163\frac{3}{4}$ - $161\frac{3}{4}$ ($163\frac{1}{2}$), Juli $169\frac{1}{2}$ - $168\frac{1}{2}$). Hafer Mai $140\frac{3}{4}$ - $141\frac{1}{2}$ ($140\frac{1}{2}$), Juli $147\frac{1}{4}$ ($146\frac{1}{2}$).

Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen).....RM.	1,10 - 1,30
" Weizenstroh "	1,05 - 1,20
" Haferstroh "	0,90 - 1,00
" Gerstenstroh "	0,95 - 1,05
Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	1,15 - 1,40
Bindfadengepresstes Roggenstroh	0,95 - 1,20
" Weizenstroh	0,85 - 1,05
Häcksel.	1,70 - 1,90
Handelsübliches Heu, gesund und trocken.....	1,80 - 2,10
Gutes Heu, gesund und trocken.....	2,50 - 2,90
Thymothee, lose.	3,40 - 3,80
Kleeheu, lose.	3,40 - 3,80
Mielitz-Heu, lose, rein (Havel).	1,70 - 1,90
Drahtgepresstes Heu.	0,40 über Notiz.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 25. März 1930.

Die Flotte über alles!^x

Von Jacques Lefebvre.

SPD. Unter dem Titel "Neptun & Co." hat der französische Autor kürzlich einen Band kritisch-amüsanten Reportagen, als "rucht eines Aufenthaltes in England veröffentlicht. Der folgende Aufsatz ver-sieht die Aussichten der Seeabrüstungs-bestrebungen, gerade auch im Hinblick auf Grossbritannien, mit einem grossen Fra-gezeichen.

Es liessen sich unzählige Beispiele dafür finden, dass in Grossbritannien der Grundsatz "Unsere Flotte über alles!" gilt. Ganz Grossbritannien ist von seiner Flotte besessen. Kaum haben wir englischen Boden berührt, so bemächtigt sich dieses Leitmotiv unser. Und es lässt uns nicht mehr los.

Sie wollen Zigaretten kaufen? Bevorzugen Sie die Marke "Flagge" oder "Marine" oder "Pirat"? Auf den Packungen sind ebenso wie auf den Streichholzschachteln farbige Bilder von Panzerkreuzern dargestellt.

Schokolade gefällig? Das Publikum kauft die Schokolade fast mehr den Verpackungen zuliebe, auf denen sich Bilder von Schiffen und Meereshäfen befinden, als der Qualität halber, die übrigens ausgezeichnet ist.

Brauchen Sie Seife? Die beliebteste Marke heisst "Rettungsgürtel".

Alles steht im Zeichen des Seemanns, des Schiffes oder des Meeres.

Ich nehme nur eine Zeitung zur Hand: nautische Fragen nehmen den grössten Teil des Blattes ein. Von zehn satirischen Zeichnungen beschäftigen sich zu-mindest sechs mit der Seeabrüstung, der Admiralität oder mit irgendwelchem Marine-Klatsch. Während ich diese Zeilen schreibe, habe ich zwei solcher Zeichnungen vor mir liegen. Beide beschäftigen sich mit der vorbereitenden Kommission für Genf. Die eine Karikatur zeigt uns etwa zwanzig lächerliche Männchen mit Zylinderhüten, die gerade damit beschäftigt sind, die einzelnen Teile eines englischen Kriegsschiffes auf den Zentimeter genau nachzumessen. Sie notieren die Länge der Kanonen, die Länge der Hosen der Seeleute und auch die Länge des Schweifes des Hundes, der sich an Bord befindet. Andere beschäf-tigen sich damit, alles, was die Norm überschreitet, mit langen Scheren zu stüt-zen. Darunter steht "Man beschäftigt sich in Genf mit der Seeabrüstung". Die zweite Zeichnung stellt einen überlebensgrossen Lord Nelson dar, der die Ma-trosen der Kriegsmarine aneifert: "Man kann eure Schiffe verkleinern, Boys, aber euch kann niemand unterkriegen!!"

Begeben wir uns jetzt in unser Zimmer, in die gutbürgerliche Pension, in der wir uns einquartiert haben! Was grüsst uns hier vom Ehrenplatz rechts und links vom Kamin? Zwei Oeldrucke, von denen der eine den Ozeandampfer S.S. Berengaria, der andere das Schlachtschiff H.M.S. Renown darstellt.

Sie gehen ins Kino? Man gibt heute einen Film "Wenn Flotten sich bege-gnen" oder bestimmt etwas Aehnliches. Man höre nur die zugleich stolze und liebevolle Bewegung, die sich der gesamten Zuschauer bemächtigt, wenn die big

guns, die grossen Kanonen, auf der Leinwand erscheinen, wenn plötzlich im Hintergrunde das Standbild Nelsons auftaucht! In der Pause produziert sich ein Groteskkomiker. Wie sollte er anders kostümiert sein denn als Matrose? Und Jack scheut sich nicht, militärische Couplets vorzutragen. Der Patriotismus ist jenseits des Kanals noch nicht aus der Mode gekommen. Jack kann den Ruhm seines Landes besingen, ohne mit faulen Eiern beworfen zu werden.

Und auf der Bühne wie in der Literatur gibt es noch viel mehr Marine und noch viel mehr Flotte als in den Kinos, in den Zeitungen, auf den Zigarettenschachteln und auf den Schokoladenpackungen. Zahllos sind die musical parties, die Lustspiele, die Buchumschläge mit dem schönen jungen Mann, der in seiner blauen Uniform mit goldenen Aufschlägen alles ordnet, alles zum rechten Ende führt! Von einem Familienmitgliede, das in der Marine dient, sagt man: "Er ist bei der Flotte", mit ebensolchem Stolze, wie man einstens unter Philipp II. in Spanien jemandem nachsagte: "Er ist bei Hofe...."

Unzählig sind die Marinetagungen, die Marinewochen, die Marineausstellungen die Flottenbesuche, Flottenkonferenzen und die Sammlungen für die Flotte, die ohne Unterbrechung einander folgen!

Man betrachte die ungeheuren Plakate auf allen Londoner Mauern: "Das Meer ist Englands natürliche Erbschaft. Folget den Spuren Drakes und Nelsons! Tretet in die Marine ein!"

Und dann stelle man sich vor, dass man in Paris, um etwa für die Artillerie zu werben, Plakate in Ausmassen von 4 mal 3 Metern auf die Mauern der Boulevards heften würde: "Immer war Europa für die Franzosen ein grosses Schlachtfeld. Folget dem Beispiel Napoleons! Werdet Kanoniere!"

(Aus dem Französischen übersetzt von
Leo Korten.)

Lerne nur das Glück ergreifen.....^x

SPD. Es hing vielleicht im Grunde doch irgendwie mit März und erstem Sonnenschein zusammen, dass der Jüngling dem neben ihm hin schreitenden Mädchen seine grosse, welterlösende Idee anvertraute. Er hatte in vielen langen, kalten Abenden in seiner lieblosen, unheizbaren Mansarde darüber nachgedacht und war, gestützt auf ein paar sehr komplizierte, von ihm jedoch sehr kritisch behandelte Philosophen, zu der Erkenntnis gekommen, dass an aller Glücklosigkeit dieses Lebens nur der Mangel an Seele schuld sei.

"Sehen Sie, die Seele, mein liebes Fräulein", sagte er mit besonders warmer Tonfall, - "dies innere Hinausschwingen über enge Alltäglichkeit und Hineinmünden in die allumfassenden, allgestaltenden Bezirke des tiefsten Gefühls, das dennoch alles Materielle und tausendfach alle Scheinwunder der Technik überstrahlt....."

Das Mädchen verstand das allerdings nicht recht, tat jedoch so, als sei das von ungemein entscheidender Bedeutung, denn auch sie wollte sich nicht die Blösse eines Mangels an Bildung geben. Deshalb lächelte sie - vielleicht auch, weil doch irgendeine feinere Regung zu keimen begann. Zunächst freilich völlig unklarer, neutraler Art. Es sei denn, dass das seltsame Leuchten in des Jünglings Augen schon für sie ein Eingehen in diese überschwenglich geschilderten Gefilde neuer Seligkeit (nicht Sachlichkeit) bedeutete.

"Ja, gewiss - wenn die Menschen wüssten und sich für das wahre Glück entschliessen könnten....." - so ungefähr hauchte sie ihre Antwort hinaus und erschrak selbst über den Mut dieses Bekenntnisses. Der Jüngling aber ermass an dieser Aeusserung die Richtigkeit seines neuen Lebenssystems, lobte die Innigkeit ihrer Worte und dankte für das grosse Geschenk, eine so nahe verwandte, vollkommene Seele gefunden zu haben.

Doch es ergab sich, dass sie dabei ihren Weg durch eine kleine Menschenansammlung leiten mussten. Es war nämlich einer Drossel eingefallen, ebenfalls in überschwenglicher Art in einer zwar noch unbegrüntem Baumkrone eines auch sonst dürftig=armseligen Vorgartens eine neue (oder ewig alte?) Lebensweise zu verkünden. So standen nun ein paar Männlein und Weiblein einfach an der Strasse still und lauschten dem jubelnden Vogelliede.

"Verdammt"! brummte ein etwas durchdringend nach Alkohol riechender Strassenmusikant und stiess etwas unsanft mit seiner ungeputzten, fleckigen Messingtrompete an einen Laternenpfahl (nach dem berühmten Beispiel: Er nahm die Büchse, schlug sie an ein' Baum) und sprach: "Ich tu's heute nicht mehr. Das Vieh macht mich weich und stimmt die Brust so lala - da trink' ich mir lieber noch einen....."

Und die alte Plättfraz aus dem Keller an der Ecke benutzte die vertrauliche Gelegenheit, um die endlich zu erwischende Frau Versicherungsinspektor auf die noch immer unbezahlten drei Umlegekragen gebührend nachdrücklich aufmerksam zu machen....

Ein Knabe, der trotz allem Eifer des Zuhörens nicht vergass, recht tief in seiner Nase zu bohren, und der zufällig auf den Namen Hermann hörte, stritt sich mit seiner Zottelschwester herum, wem denn nun eigentlich das Vöglein gehöre: dem Hauseigentümer, dessen Besitz auch der Baum sei, auf dem die Drossel flötend sass, oder dem lieben Gott, dessen Existenz doch schon von dem vorahnenden, gewiss talentierten Bengel bezweifelt wurde.

Aber der Jüngling mit Seele merkte von all der wunderbar nahen Glückseligkeit im Bannkreis des kleinen Vogelliedes nichts. Er zappelte zu tief in seiner Seelentheorie herum und war zweifellos glücklich dabei. So stiess er dem Strassenmusikanten sehr unsanft an sein lyrisch gestimmtes Instrument, dass dieser ihn empört anfuhr: Schafskopf - das läuft da wie ein wildgewordener Hanomag durch die Weltgeschichte!"

Das Mädchen errötete über diesen Vergleich. Sie hatte sofort das Vogellied vernommen, aber nicht gewagt, den ernsten, geistreichen Menschen neben sich in seinen Ausführungen zu stören. Das hätte doch zu gleichgültig gewirkt.

Der Jüngling drückte sich sogar um eine Entschuldigung ob seines peinlichen Falles herum. Das war doch alles zu unkultiviert und natürlich weit unter seiner Würde. Ueberhaupt, dass die Menschen sich auf der Strasse zusammenstellten, um - - ja, was denn womöglich wieder für Tratsch zu machen? Denn von der Drossel hatte er selbstverständlich nichts gehört.

"Sehen Sie, mein liebes Fräulein", begann der Jüngling dann wieder ein wenig seine Verlegenheit wie lästigen Staub von sich zu schütteln, - "da haben wir das beste Beispiel dafür, dass die Seele keine Heimat mehr auf dieser Erde hat." Darüber seufzte das Mädchen, denn es erlebte in diesem Augenblick seine erste, lenzjunge Enttäuschung. Es geschah weiter, dass an diesem Abend, der auch äusserlich nichts mehr von einem Frühlingstage an sich hatte, denn es regnete nun - es geschah, dass das Mädchen bitterlich weinte in seinem Kämmerlein und nichts sehnlicher wünschte, als eine kleine, singende, unphilosophisch fühlende, jubelnde Drossel zu sein.

Der Jüngling aber begann zur gleichen Zeit sein Werk, das Aufsehen erregen sollte, über die Wiedergeburt der Seele als einziges Mittel zur Welterlösung.

Lediglich der Vollständigkeit halber sei schliesslich noch erwähnt, dass besagte gepriesene Drossel in dieser Nacht das Opfer einer sprunggewandten Katze wurde. Motiv im März - und das alles um das bisschen Seele in der Welt.

Otto Ziese.

Untertunnelung des Aermelkanals.

SPD. Die englische Arbeiterregierung gab kürzlich durch ihren Arbeitsminister Thomas im Unterhause bekannt, dass sie zum Bau eines Tunnels unter dem Aermelkanal zwischen England und Frankreich ihre Genehmigung erteilt habe. Die Arbeiten sollen schon in nächster Zeit beginnen.

Das Projekt stammt bereits aus der Zeit Napoleons I. Im Jahre 1802 entwarf der Franzose Mathieu-Favier einen Plan zur Untertunnelung des Aermelkanals. Die Britische Regierung lehnte jedoch die Verwirklichung aus militärischen Gründen ab. Vermutlich hätte aber auch damals die Technik eine solche Leistung noch nicht vollbringen können. Erst dreissig Jahre später war der erste Unterwassertunnel der Welt, ein Tunnel unter der Themse in London, nach siebzehnjähriger Bauzeit vollendet. Sir Marc Isambard Brunel hiess sein Erbauer. Er bewies durch sein für den damaligen Stand der Technik grossartiges Werk die praktische Möglichkeit der Untertunnelung bedeutender Wasserstrecken.

Während des 19. Jahrhunderts tauchten immer wieder Projekte zur Ueberwindung des Aermelkanals auf. Mit einem Tunnel, mit auf den Meeresboden verlegten Röhren oder mit einer Riesenbrücke wollten sie England mit dem Festlande verbinden. Praktische Bedeutung haben alle diese Entwürfe nie erlangt. Stets versagte die Britische Regierung unter dem Einfluss ihrer Marinesachverständigen die unbedingt notwendige Genehmigung. Das Gespenst eines möglichen französischen Truppeneinmarsches durch den Tunnel spukte noch wie zur Zeit des ersten Napoleon in den Köpfen der Militärs. Immerhin veranlassten jene Projekte gründliche wissenschaftliche Untersuchungen des Kanalgrundes. Sie lieferten ausserordentlich günstige Ergebnisse. Man fand eine leicht zu bearbeitende, fast völlig wasserdichte Kreideschicht! Als sich in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts auch die politischen Beziehungen zwischen England und Frankreich freundlich gestaltet hatten, traten in beiden Ländern Kanaltunnelgesellschaften ins Leben, die von der französischen Nordbahngesellschaft, der englischen Südbahngesellschaft und dem Pariser Bankhause Rothschild unterstützt wurden. Von Sangatte bei Calais und von Folkstone bei Dover wurde mit Bohrmaschinen des von Oberst Beaumont erfundenen Systems je ein Stollen vorgetrieben. Die Konstruktiven der Druckluftmaschinen zu Beaumonts Bohrapparaten stammte von dem bekannten deutschen Ingenieur und Schriftsteller Max Eyth. Die Tunnelstollen hatten bereits eine Länge von mehr als 1800 Metern auf jeder Seite erreicht als die Britische Regierung - natürlich wiederum auf Betreiben der Militaristen - am 5. April 1882 den Weiterbau des englischen Teiles verbot. Damit war der Bau überhaupt unmöglich gemacht. Die Tunnelgesellschaften blieben indessen bestehen.

Auch in unserem Jahrhundert ist das Projekt wiederholt aufgetaucht - so 1906, 1913 und während des Krieges, zuletzt unter der ersten Regierung Macdonald 1923. Immer von neuem verstanden es die Militaristen, unterstützt von um ihr Geschäft bangenden Schiffsreederkreisen, die Oeffentlichkeit mit den alten Einwänden zu beunruhigen und den Tunnelbau zu verhindern. Wahrscheinlich wäre bei einer längeren Dauer der ersten Regierung Macdonald der Widerstand schon überwunden worden. Der Gedanke, durch den Tunnelbau die Arbeitslosigkeit zu mildern, wirkte in der Oeffentlichkeit stärker als die kriegstechnisch längst überholten und in der Zeit der Verständigungspolitik überlebten Argumente der Gegner. Schon unter dem Kabinett Baldwin lebte daher das Tunnelprojekt wieder auf.

Nach Angaben des Barons d'Erlanger, des Vorsitzenden der englischen Tunnelbaugesellschaft, soll ein Doppeltunnel gebaut werden. Er soll 53 km lang sein (die Länge des Simplontunnels beträgt 20 km.) Die gesamte neue Bahnstrecke soll sich auf 61 km belaufen. 40 km verläuft der Tunnel unter Wasser. Die Zuförderung geschieht elektrisch. Die Baukosten, rund 600 Millionen Mark, sollen

ohne Staatssubvention in England und Frankreich aufgebracht werden. Die französische Nordbahngesellschaft will allein fast die Hälfte der Bausumme beisteuern. D'Erlanger rechnet bei einer Zugfolge von 20 Minuten mit einer Beförderung von 4 Millionen Fahrgästen jährlich und erwartet unter Annahme des gegenwärtigen Fahrpreises von 16 Mark für die Strecke Dover=Calais=Boulogne und einer Einnahme von weiteren 16 Millionen Mark aus Fracht- und Gepäckbeförderung eine Bruttoeinnahme von 80 Millionen Mark im Jahre, wovon 25 % Betriebskosten abgehen sollen. Optimistischere Berechnungen erhoffen sogar eine bedeutende Verkehrssteigerung durch den Tunnel und rechnen bis 24 Millionen Fahrgäste im Jahre!

Uns interessiert natürlich besonders der mutmassliche Einfluss des Tunnelbaus auf den Arbeitsmarkt. d'Erlanger setzt für den Bau selbst die Beschäftigung von mindestens 10 000 bis 12 000 Mann auf sechs Jahre an, Thomas nach neueren Mitteilungen sogar 24 000 Mann. Dazu kommt aber noch die Beschäftigung stärkerer Belegschaften in den Werken, die Material und technische Hilfsmittel für den Bau und späteren Betrieb des Tunnels liefern. Bemerkenswert ist noch die Tatsache, dass von 63 englischen Handelskammern sich bei einer Umfrage nur eine einzige gegen den Tunnel aussprach: Es war die der Stadt Dover, die ihre Kanalschifffahrt bedroht sieht. Alle anderen Handelskammern sind für den Tunnelbau.

Ueber ein Jahrhundert lang konnte der Kanaltunnel nicht gebaut werden, weil die Britische Regierung ihre Zustimmung versagte. Wenn diese Zustimmung heute vorliegt, wenn das völkerverbindende, grossartige Werk nun endlich verwirklicht werden kann, so verdankt es die Welt einer sozialistischen Regierung!

Erinnerung an ein Buch vom Kriege.

SPD. So, so: Genau 20 Jahre ist das also jetzt her, dass Norman Angell sein sensationelles Buch erscheinen liess. "Die falsche Rechnung" hiess es, und der Untertitel lautete: "Was bringt der Krieg ein?" Ich weiss nicht, ob mir jemals wieder in meinem Leben das Buch und sein Autor ins Gedächtnis gekommen wären, wenn ich nicht in diesen Tagen gelesen hätte, dass man kürzlich das Jubiläum dieses Buches in London gefeiert hat. Man vergisst ja so furchtbar rasch - und so furchtbar intensiv. Aber nachdem nun dieser Anstoss von aussen gekommen ist, ist mir der Aufruhr der Gemüter, den das Buch aufquirlte, sind mir die Geisteskämpfe, die es auslöste, ist mir die Atmosphäre, in die es platzte, doch wieder äusserst lebendig.

Heute lässt sich doch wohl sagen, dass der Krieg, wenigstens theoretisch, eine geächtete, gefemte, verpönte, tief verachtete Institution ist. Ein paar von Pathos triefende Ultrationalisten sind anderer Meinung. Das muss wohl so sein. Aber selbst bis tief in die Kreise der Rechten hinein reicht doch heute die Meinung, dass der Krieg an sich durchaus ein Übel ist, nur dass er dort als ein notwendiges Übel angesehen wird. Vor 20 Jahren war das anders. Die Heroisierung, die Idealisierung des Krieges war in vollem Schwange, und wenn die Kriegsschwärmer doch nicht so ganz umhin konnten, einiges Diskutierbare an dem Standpunkte derer zu finden, die sittliche Einwände gegen den Krieg vorzubringen hatten, so konnten sie immerhin gewiss sein, dass gegen ihr Argument, der Krieg, allerdings nur der siegreiche, bringe unerhörte wirtschaftliche Vorteile, so leicht niemand anzurennen wagte. Auf einmal schlug eine Bombe ein. Ein Mann Namens Norman Angell, ein Engländer, hatte ein Buch auf den Markt gebracht, und in diesem Buche wurde nicht etwa gesagt, was vornehmlich die Bertha von Suttner gesagt hatte: "Krieg ist Bestialität!", und auch nicht, was vornehmlich die Sozialdemokraten sagten: Krieg ist ein Geschäft! Es wurde vielmehr gesagt,

was noch niemand gesagt hatte: Krieg ist ein schlechtes Geschäft! Oder vielleicht hatten es doch schon andere gesagt, aber Angell sagte es am deutlichsten, am schärfsten, am konzentriertesten, und er sagte das in einem Zeitpunkte, der empfänglich war für sein Problem. Angell hatte einen Riesenerfolg, einen Welterfolg. Sein Buch wurde Modebuch. Es rückte in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Es wurde Leitartikelstoff. Aber freilich: mit dem äusseren Erfolge des Buches hielt der innere keineswegs gleichen Schritt. Angell wurde von der herrschenden Auffassung als ein Aussenseiter abgetan, als ein Pamphletist betrachtet, und dass er die hehre Kriegsidee, der von der Seite der Moral her schon immer so zugesetzt wurde, jetzt auch noch von der wirtschaftlichen Seite her berannte, wurde als eine besonders infame Gehässigkeit angesehen.

Würde man heute Angells Beweisführung anhand des Erfahrungsmaterials überprüfen, das der Verlauf des Weltkrieges hervorbrachte, so würde sich wohl herausstellen, dass Angell nicht in allem Recht hatte, dann nicht nur militärtechnisch, sondern auch wirtschaftlich warf der Krieg Fragen auf und gebar er Situationen, die ein halbes Jahrzehnt vorher unmöglich ein Mensch hatte voraussehen können. Aber im grossen und ganzen hat Angell doch gut prophezeit. Wahrhaftig, der Krieg war eine falsche Rechnung; er hat nichts eingebracht; auch den europäischen Siegerstaaten nicht; die ungefähr ebensolange an Amerika verschuldet sind, wie wir es an sie sind.

Angell ist kürzlich auf dem Bankett, das zu seinen Ehren gegeben wurde, sehr gerühmt worden, und es wurde ihm zum besonderen Verdienst angerechnet, dass er den bis zum Erscheinen seines Buches fast ausschliesslich moralisch argumentierenden Pazifismus als erster, oder wenigstens als sichtbar erster, ökonomisch unterkellert und damit auch in Kreise getragen habe, die nichts auf Gründe geben, die lediglich der Gefühlssphäre entspringen. Auch eine Anregung zu einem neuen Buche hat Angell bekommen. Er solle den jungen Leuten, auf deren Phantasie jene Schilderungen des Krieges nur beflügelnd wirken, die dessen Grauenhaftigkeit zum Gegenstande haben, einmal die Langweiligkeit des Krieges darstellen. Jawohl, der Krieg war barbarisch und höllisch, aber darüber hinaus war er auch stinklangweilig, und der Frontgeist kam unter anderem darin zur Geltung, dass man ganze Nachmittage lang Läuse knackte und Abends lang vor sich hindoste oder Karten spielte. Immerhin hat Remarque und haben andere das Fett hier schon abgeschöpft. Grosse Erfolge werden für Angell auf diesem Gebiete kaum mehr zu holen sein. Sein Ruhm liegt in der Vergangenheit. Er bekämpfte den Krieg erstmalig anstatt mit Ethos mit Kaufmannsvokabeln; er warf in die Vorkriegswelt die unerhörte These von der Unrentabilität des Krieges, und wenn man auch nicht gerade sagen kann, dass er den Pazifismus dadurch vertiefte, so verbreiterte er ihn immerhin. "Die falsche Rechnung", die er präsentierte, hat sich nachträglich als eine der richtigsten Rechnungen erwiesen, die vor dem Kriege über den kommenden Krieg in ökonomischer Hinsicht angestellt worden sind. Der Krieg war, ausser verschiedenem anderen, und sofern man die Läuse, den Tod und die Neutralen (aber selbst die nur sehr bedingt) aus dem Spiele lässt, ein schlechtes Geschäft. Es ist höchste Zeit, dass über diese Pleitefirma endgültig der Konkurs verhängt wird.

Hans Bauer.

SPD. Ein grosser Bücherfreund.^x "Die Bücher sind meine besten Freunde", erklärt der neugebackene Villenbesitzer, als er seinem Gaste seine Bibliothek zeigt.

"Glaub' ich gern", meint der Besucher. "Man sieht es ihnen ja an, dass Sie ihnen nicht weh tun können."

"Wie meinen Sie das?"

"Nicht einmal aufzuschneiden wagen Sie Ihre besten Freunde....."

Der Leuchtturm.

Roman von Paul Reboux.

Deutsche Rechte: Rembrandt-Verlag, Berlin-Zehlendorf.

28)

SPD. Ich fühle mich besser, entspannt, obwohl meine Nerven von einer Wut gebrochen sind, die sich soeben meiner bemächtigt hat. Das Ticktack meiner Uhr hat, in meiner erschütterten Empfindlichkeit eine blinde Raserei entfesselt. Ich habe mich auf den Korb gestürzt und, wie ein Hund ein Loch bohrt, habe ich in den Dingen und in der Wasche herumgebohrt. Ich habe dieses widerliche Tier endlich gefunden und auf die Erde geworfen. Dann bin ich mit den Füßen darauf herumgetrampelt... Ich bin frei.. Endlich!

Wie ich mich langweile.... Je mehr ich um mich blicke, desto deutlicher wird mir die Aehnlichkeit des Leuchtturms mit einem Gefängnis. Die dicken Mauern, die dichten Fenster, die massive Tafelung und die starken Schlösser verstärken diesen Eindruck. Ich habe irgendwo gelesen, dass für die zum Tode Verurteilten, die man nicht hinzurichten wagt, eine grausame Folter besteht. Man sperrt den Betreffenden in einen Raum, der eine runde Decke hat und dessen Wände nirgends einen Winkel bilden. In diesem Raum steht ein runder Tisch und ein runder Schemel... Und der Mensch, der wie besessen einen Winkel sucht, um seine irren Blicke ausruhen zu lassen, stirbt vor Beklemmung.... Auch hier ist alles rund, der Leuchtturm, die Laterne, die Treppe, der Horizont... Oh, dieser mit dem Kompass gezogene, unerbittlich runde Horizont! Ich hasse seine Regelmässigkeit. Mir wird schwindlig davon!

Ich war gestern abend in der Laterne (denn trotz meines elenden Zustandes habe ich nie meinen Dienst im Stich gelassen), und plötzlich hörte ich wieder, wie man mich rief... Dieses Mal war es Redecs Stimme... Ich hatte Angst, er könnte sich nicht wohlfühlen und wäre beinahe hinuntergegangen... Aber ich konnte doch meinen Posten nicht verlassen! Redec rief immer noch... Ich glaube, ich verbrachte eine ganze Stunde im Kampfe zwischen meiner Pflicht als Wärter und meiner Menschenpflicht.

Am seltsamsten jedoch ist, dass Redec später heraufkam, um mich abzulösen, und er behauptet, mich gar nicht gerufen zu haben! Dahinter steckt bestimmt irgend etwas Geheimnisvolles.

Mir kommt immer wieder der Gedanke, ich sei hier gar nicht als gewöhnlicher Mensch und auch Redec sei kein Wächter wie die anderen... Was sind wir denn? Ueber diesem Turm lastet ein Geheimnis. Diese Frage martert mein Gehirn unablässig. Ich habe versucht, Redec zum Sprechen zu bringen; er ist stumm wie das Grab. Er sieht mich an und lacht. Man könnte meinen, ich hätte ihm einen Witz erzählt. Dieses Benehmen bestärkt mich in meiner Ueberzeugung.

Ich weiss alles! Ich weiss, warum sie mich hier eingesperrt haben und gefangen halten! Wie kommt es, dass ich nicht früher daran gedacht habe! Sie hatten Angst vor mir. Oh, sie wussten sehr gut, wie sie vorzugehen hatten. Hier, mitten im Meer, ein Gefängnis bauen zu lassen, wo ich von allen Menschen abgeschnitten bin - der Gedanke ist sogar grandios und beweist, dass sie ebenso grausam wie raffiniert sind! Menschengesindel! Aber ich muss anerkennen, dass ein solches Gefängnis meines Ranges würdig ist. Ich brauche nicht zu betonen, wer ich bin. Jeder weiss, woran er sich in dieser Beziehung zu halten hat, und kennt die dramatischen Umstände, durch die die Regierung es für notwendig gehalten hat, sich meiner zu entledigen. Wenig grosszünftig ist jedoch die Tatsache, dass sie mich auch geistig verbannt haben, indem sie ein solches Individuum zu meinem Wächter machten, denn jetzt weiss ich es genau. Redec ist nie mein Kamerad gewesen. Er ist ein Gefangenenwärter. Es bringt mich zur Verzweiflung, dass man ihm die strenge Vorschrift gegeben hat, unbedingte Gleichheit zwischen uns aufrecht zu erhalten und mich ständig durch seine unerträgliche Vertrau-

lichkeit zu kränken. Ich werde nochmals an die Verwaltung schreiben um einen weniger peinlichen Gefährten zu erhalten als diesen Narren von Redec, dessen rötliches, gutmütiges und glänzendes Gesicht mit seinem Barte mich zur Ver= zweiflung bringt.

Dieser Schuft! Ich hielt ihn für harmlos, aber jetzt beginne ich seine Rolle zu durchschauen. Er ist nicht nur mein Wächter, er ist auch der Folter= knecht. Mit einem Raffinement, das ich ihm niemals zutraute, setzt er mich ge= flissentlich tausend Aengsten aus. Er ruft mich unaufhörlich, er streift mich mit seinem roten Bart, wenn ich schlafe, so dass ich aufwachen muss, und dann höre ich, wie er behende in sein Bett schleicht und so tut, als schnarche er.

Aber das muss anders werden. Ich werde ihm meine Situation und meinen Einfluss fühlen lassen. Ich werde ihm Respekt beibringen. Und er wird mich nach Gebühr einzuschätzen lernen.

Ich werde wohl keinen Erfolg damit haben. Eben habe ich behutsam versucht, ihn zurechtzuweisen. Er hat mich einfach ausgelacht. Dieses Tier!

Aber ich halte es wirklich nicht mehr aus. Unsere Wege müssen sich trennen. Während er Wache hielt, habe ich heimlich meine Ration an Nahrungsmitteln in das Zimmer des Ingenieurs geschafft. Ich werde von jetzt ab allein essen und entgegen den Vorschriften oben im Zimmer schlafen, denn die Vorschriften sind für gewöhnliche Wächter, nicht für mich.

Aber ich werde weiter Wache halten. Wie leicht kann es geschehen, dass meine Anhänger mit einem Dampfer kommen, um mich zu befreien und mir meinen Rang wiederzugeben. Und wie können sie mich finden, wenn das Licht nicht brennt?

Redec schien aus allen Wolken zu fallen, als er sah, dass ich mich im Zimmer des Ingenieurs eingerichtet hatte. Alles, was sein Bedürfnis, mich zu demütigen, ihm eingeben konnte, hat er mir ins Gesicht gesagt. Ich habe mich natürlich nicht im geringsten darum gekümmert. Ich muss diesem Menschen endlich das Gefühl für meinen Wert beibringen. Wie aber kann man in eine so niedrige Seele dringen? Je mehr Zeit vergeht, desto geringere Achtung bezeugt mir Redec. Um die volle Wahrheit zu sagen, muss ich mir eine sonderbare Tatsache verzeichnen. Seit einigen Tagen sieht mich Redec mit sonderbaren Augen an.... Das ist sehr seltsam.... Gestern kam ich zur gleichen Zeit auf die Terrasse wie er. Als ich auftauchte, war mir, als versuchte er zu fliehen. Ich bin bis an die Balustrade gegangen und habe ihn aufgefordert, dasselbe zu tun. Er lehnte ab und machte Ausflüchte. Warum? Ich überlege.... Ich denke nach.... Dinge tun, die sich logisch nicht erklären lassen, ist die Eigenart von Wahnsinnigen. Sollte Redec wahnsinnig sein? Das ist der Gipfel. Mit einem Wahnsinnigen zusammen eingesperrt sein!... Ja, dieser dumme Kerl ist verrückt. Das ist die volle Wahrheit. Jedesmal, wenn ich seine Handlungen durch das Sieb meines Verstandes gehen lasse, stelle ich einen Beweis für die Erschütterung seines Geistes fest! Ich will nicht mehr, dass er das Zimmer betritt, in dem ich mich befinde. Ich will nicht mehr die gleiche Luft atmen wie er. Oh, er hat Glück, es mit einem so guten und vernünftigen Jungen zu tun zu haben wie mit mir, denn sonst.....

Hat er nicht schon wieder eine neue Bosheit ersonnen? Höre ich ihn nicht von oben rufen? Aber wie kommt er nach oben, da ich ihm ausdrücklich untersagt habe, die Treppe herauf und an meinen Zimmer vorbeizugehen?.... Genügt es denn nicht, dass ich Tag und Nacht mit einem Hammer auf Wache ziehe, um ihn daran zu hindern, vorbeizugehen? Spielt er mir nur die Komödie seiner Angst vor?

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag

148. Sitzung vom 25. März 1930.

SPD. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung der von den Beratungsparteien beantragten Initiativ-Gesetzentwürfe zur Änderung der Agrarzölle. Es sind dazu verschiedene neue Anträge eingegangen. Darin wird u. a. gefordert, dass den Arbeitslosen ein Teil ihrer Unterstützung in Form von Roggenbrot-Gutscheinen gegeben wird.

Abg. Jandroy (Dnat.) Die früheren Zollerhöhungen haben die Preise nicht erhöht. Dem Osten droht vollständiger Zusammenbruch. Energische Hilfsmassnahmen des Reichslandwirtschaftsministers fehlen. Die Vorlage ist ganz unzulänglich. Ostpreussische Bauern verlassen ihre Scholle und gehen ins Ausland, indem sie sagen, in einem Staat, der uns so gemein behandelt, bleiben wir nicht. Die Geduld des Bauern mit dem Marxismus und der Sozialdemokratie hat einmal ihr Ende.

Abg. Schmidt-Cöpenick (Soz.)

gibt folgende Erklärung ab:

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion erkennt die aussergewöhnlichen Schwierigkeiten an, mit denen erhebliche Kreise der deutschen Landwirtschaft im gegenwärtigen Augenblick zu ringen haben. Sie erblickt die Ursachen dieser Schwierigkeiten zu einem Teil in Vorgängen auf dem Weltmarkt für Agrarprodukte die durch Preis- und Marktmanipulationen anderer Staaten beeinflusst sind. Es liegt aber nicht im Interesse der deutschen Arbeiterschaft, diesen Manipulationen des Auslands gegenüber passiv zu bleiben, und so die Kaufkraft eines wichtigen Teils der deutschen Wirtschaft zu vermindern und dadurch die Arbeitslosigkeit zu vermehren.

Sie erklärt jedoch, dass die einem augenblicklichen Notzustand gegenüber erforderlich gewordenen, bis zum Jahresende befristeten Massnahmen nicht zu Dauermassnahmen werden dürfen. Vielmehr muss die damit gewährte Atempause von der Landwirtschaft dazu benutzt werden, die erforderliche Selbsthilfe, und soweit möglich, auch die notwendige Umstellung vorzunehmen, um im steigenden Masse aus eigener Initiative die erwünschte Verbesserung der Lage der deutschen Bauern zu erreichen.

Nur unter diesen Gesichtspunkten stimmt die Sozialdemokratische Fraktion denjenigen Massnahmen zu, die dem besonders bedrängten Körnerbau zu Hilfe kommen wollen. Sie konnte dies tun, weil an dem im vorigen Jahre neu eingeführten Verbraucherschutz unverändert festgehalten wird und weil insbesondere auf dem Gebiet des Futtergetreides jetzt eine im vorigen Jahre erfolglos von der Sozialdemokratie erhobene Forderung Verwirklichung fand, die dahin zielt, den ermässigten Gerstenzoll von 2.- Mark denjenigen Landwirten zu gewähren, die bereit sind, einen Teil inländischen Roggens mit zu verfüttern. Sie erblickt darin eine Unterstützung der noch wesentlich auszubauenden landwirtschaftlichen Veredelungswirtschaft. Wichtig ist vor allem, dass an dem bestehenden Zustand für Roggen nichts geändert worden ist.

Der Erhöhung des Zolls für die Einfuhr von Frühkartoffeln bis zum 31. März konnte die Sozialdemokratische Fraktion deswegen zustimmen, weil es sich um eine reine Luxuseinfuhr handelt und der Zoll somit die Wirkung einer Luxussteuer hat.

Einer Erhöhung des Zuckerzolles hat die Sozialdemokratische Fraktion erst dann ihre Zustimmung gegeben, nachdem eine Herabsetzung des Richtpreises um 1.-Mk. pro Doppelzentner bewilligt worden war.

Die Sozialdemokratische Fraktion stellt fest, dass die im letzten Jahre vorgenommene Zollveränderung nicht zu einer Preiserhöhung für landwirtschaftliche Produkte geführt hat. Ist doch der Grosshandelsindex für Agrarprodukte in der Zwischenzeit von 126 auf 109 gesunken.

Daraus erhellt, dass auf dem Wege der Zollpolitik allein nicht die erforderliche Erleichterung gebracht werden kann, und dass nur stärker als bisher die Selbsthilfe Platz greifen muss, die schliesslich zur engeren Zusammenarbeit von landwirtschaftlichen Erzeugergenossenschaften mit den Genossenschaften der Verbraucher zum Nutzen beider Teile führen muss. Nur so kann das berechtigte Interesse des einzelnen sich eingliedern in das über alle Einzelwünsche zu stellende Wohl der Gesamtheit und insbesondere dasjenige aller arbeitenden Schichten. (Lebh. Beifall der Soz.)

Abg. Zapf (DVP.) hält der Rechten vor, dass sie mit ihrer Ueberfülle von Reden und Anträgen den Landwirten nicht hilft. Auf die Durchführung von Beschlüssen kommt es an und die haben Sie (nach rechts) bisher stets uns überlassen. (Die Gezüchtigten schreien auf) Das Maismonopol hat dem Minister, wie er sagte, eine schlaflose Nacht bereitet. Uns gefällt das Kind nicht, das er in dieser Nacht aus dem Baade gehoben hat. (Heiterkeit) Wir sind gegen das Monopol. Die Beteiligung von Reichstags- und Reichsratsvertretern an der Monopolverwaltung muss entschieden abgelehnt werden. Ob die vorliegenden Entwürfe der Landwirtschaft dauernd helfen können, ist zweifelhaft; sie werden aber die Landwirtschaft schützen vor dem Eindringen der Flut der ausländischen Ueberproduktion. Die Landwirtschaftskrise ist nur ein Teil der allgemeinen deutschen Wirtschaftskrise. Dauernde Hilfe kann nur kommen bei Herabsetzung der Produktionskosten durch Sanierung der Kassen, Herabsetzung der Zinsen und Senkung der Steuern. (Beifall der DVP.)

Abg. Dr. Hermes (Ztr.) spricht für die Kompromissanträge und für den Ausgleich der Interessen von Stadt und Land.

Abg. Tantzen (Dem.) äussert sich im gleichen Sinne und widerlegt die Behauptungen der Rechten. Auch dieser Redner spricht sich gegen das Maismonopol aus. Maisverteuerung, wie sie ein Antrag der Grünen Front fordert, würde Deutschlands Hühnerzucht und Eierproduktion erschlagen. Aus Zöllen allein komme der Landwirtschaft nicht das Heil. Aufbauarbeit müsse sie vorwärts bringen. Viehzucht sei die Hauptaufgabe des Bauern.

Abg. Putz (Komm.): Alle Schutzmassnahmen für die Landwirtschaft sind nicht den werktätigen Bauern zugute gekommen, sondern nur dem norddeutschen Grundbesitz. Ueber 3 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe, weit über die Hälfte von allen, sind an höherem Roggenpreis nicht interessiert. Durch die billige Roggenausfuhr nach Schweden haben wir dort eine Schweinezucht gefördert, die dem deutschen Bauern schwer Konkurrenz bereitet. Diese ganz ideenlose und bauernfeindliche Politik wird auf Geheiss der Grossfinanz betrieben und von der Sozialdemokratie mitgemacht. Die Bauern aber werden schliesslich erkennen, dass sie anstelle ihrer schwarzen Trauerfahnen die rote Fahne des Klassenkampfes ergreifen müssen.

Abg. Freybe (WP.) spricht für die Anträge der Rechten. Die Wirtschaftspartei werde jedoch nach Ablehnung der von rechts gestellten Anträge die Kompromissanträge annehmen, jedoch nicht das Maismonopol.

Abg. Döbrich (Chrnat. Bp.) wiederholt die Angriffe der "grünen Front" gegen die Regierungspolitik und polemisiert gegen den Abg. Tantzen, der nicht so reden würde, wenn er vom Ertrag seiner eigenen Wirtschaft leben müsste. Auf Zurufe der Sozialdemokraten erwidert der Redner, es gebe heute viele Bauern, denen es schlechter gehe als den Arbeitslosen. Man empfiehlt uns Selbsthilfe, aber unsere modernsten Molkereien zahlen heute die niedrigsten Preise und sind am höchsten verschuldet.

Abg. Dr. Horlacher (Bayr. Vp.): Es ist als erfreulicher Fortschritt zu begrüssen, dass sich die Reichsregierung zu rascher Hilfe entschlossen hat, die ohne Ausschussberatung gebracht wird. Der Landwirtschaft wird am wenigsten durch parteipolitische Spekulation und fruchtlose Opposition gedient. Wir müssen dahin streben, den Futtermittelbedarf aus dem Inland zu decken. Das Maismonopol

muss gemacht werden, weil der Maiszoll im Handelsvertrag mit Südslavien auf 2,50 Mark gebunden ist.

Abg. Hillebrand-Schlesien (Dtsch. Bauernpt.) tritt für die weitergehenden Anträge der Rechten ein.

Reichsernährungsminister Dietrich:

Ich höre, dass ein Antrag auf Beimahlungszwang von Roggen zum Weizen in Vorbereitung ist. Ich behalte mir vor, wenn in der Roggenfrage nicht eine Wendung eintritt, auch diesem Projekt näherzutreten. Der Weizenpreis muss selbstverständlich so gehalten werden, dass er einen Anreiz bietet, vom Roggenbau zum Weizenbau überzugehen. In der Roggenfrage behalte ich mir vor, schleunige Massnahmen vorzuschlagen, sobald ein Ueberfall durch Auslandskonkurrenz etwa von Russland erfolgen sollte. Ohne das Maismonopol geht es nicht, die Ausführung müssten Sie mir schon überlassen. Wenn Sie das Vertrauen zu dieser Massnahme und zu mir nicht haben, so müssen Sie das Maismonopol ablehnen. Allen, die das Maismonopol ablehnen wollen, sage ich, dass ich daraus die Konsequenzen ziehen und die Verantwortung denen überlassen würde, die den Mut zu dieser Massnahme nicht aufbringen.

Abg. Hoernle (Komm.): Der Minister sollte einmal, aber ohne Schutz durch die Rollkommandos des Reichsbanners, in Arbeiterversammlungen behaupten, dass die Lebenshaltung durch Agrarzölle nicht verteuert wird!

Abg. Schiele (Dnat.) verliest eine Erklärung seiner näheren Freunde, die die Kompromissanträge als unzureichend bezeichnet, ihre Ablehnung ankündigt, grundsätzlich einem Maismonopol zustimmt, aber der vorgeschlagenen Regelung gegenüber Stimmenthaltung üben will.

Abg. Tantzen (Dem.) weist den gegen ihn gerichteten Angriff Döbrichs zurück von diesen Herren sei man schon gewohnt, dass sie in Ermangelung sachlicher Gründe persönliche Ausfälle verüben.

Zur Abstimmung verlangt

Abg. Tony Sender (Soz.), dass zuerst über das Maismonopol abgestimmt werde, da von dem Ausgang dieser Abstimmung die Sozialdemokratische Fraktion ihre Haltung zu den weiteren Anträgen abhängig mache. Es wird dementsprechend verfahren. Die einzelnen Bestimmungen des Maismonopolantrags werden in einfacher Abstimmung unverändert angenommen. In der Schlussabstimmung wird das Gesetz mit 195 gegen 122 Stimmen bei 78 Enthaltungen angenommen. Für das Gesetz stimmen die Sozialdemokraten und das Zentrum geschlossen, ein Teil der Demokraten und die Bayerische Volkspartei; dagegen die Rechte, Teile der Volkspartei und der Demokraten, sowie die Kommunisten. Andere Volksparteiler und Demokraten sowie die Schielegruppe der Deutschnationalen enthalten sich der Stimme

Art. 1 des Zollgesetzes für Weizen und Hafer wird in namentlicher Abstimmung mit 273 gegen 123 Stimmen angenommen, das Gesetz darauf im Ganzen verabschiedet.

Die Kommunisten machen sich den Spass, bei jedem Gesetz namentliche Abstimmung herbeizuführen. Die Ergebnisse sind: Gerstenzollgesetz mit 260 gegen 126 Stimmen bei 10 Enthaltungen angenommen, Zollgesetz für Kartoffeln, Mehl und Kleie mit 273 gegen 54 Stimmen bei 78 Enthaltungen, Zucker mit 269 gegen 54 Stimmen bei 72 Enthaltungen angenommen. (Die Enthaltungen betreffen in der Hauptsache die Deutschnationalen und Christlichnationalen). Der Kompromissantrag auf Ausgleich der Härten, die durch Erhöhung des Kaffee- und Teezollens entstehen, wird in einfacher Abstimmung gegen die Kommunisten und die Rechte angenommen.

Mittwoch 15 Uhr: Nachtragsetat für 1929 und Notetat für 1930. Schluss 20 Uhr.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 25. März (Eig. Ber.)

Auf der Tagesordnung der Dienstagsitzung stand die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die Verlängerung der Gewerbesteuer für das Jahr 1930. Der Hauptausschuss hat die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer für 1930 und eine Höchstgrenze der Realsteuern für 1931 beschlossen.

Abg. Becker-Wilmersdorf (Komm.): Die Mehrbelastung der freien Berufe ist ein neuer Schlag gegen die Arbeiterklasse. Reich und Staat haben gewaltsam die Gemeinden in eine Finanznot getrieben, die zur Ueberhöhung der Realsteuern führt.

Abg. Hecken (Dtn.): Die Ausschussberatung hatte ein recht mageres Ergebnis. Wir fordern die sofortige Einführung des Verwaltungskostenbeitrages und machen davon unsere Zustimmung zum Gesetz abhängig. Die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer wird von den mittelständlerischen Kreisen des Zentrums als Erfolg angepriesen. In Wahrheit ist sie nur ein Trick der Sozialdemokratie, die verschiedenen Schichten des Mittelstandes gegeneinander aufzuhetzen. (Sehr wahr! rechts)

Abg. Neumann-Frohnau (DVP): Auch für uns ist die Kernfrage der Verwaltungskostenbeitrag, die allgemeine Bürgerabgabe. Landwirte, Handwerker und Gewerbetreibende und freie Berufe würden dabei viel besser zu ihrem Recht kommen als bei den Beschlüssen der jetzigen Mehrheit. Selbst die Beamten, die Nutzniesser des Staates, sind für die Bürgerabgabe, weil sie die Notwendigkeit einer sparsamen Gemeindepolitik einsehen. Was hier dem Mittelstand geboten wird, ist für die Katze. Zentrum und Demokraten haben nur aus Rücksicht auf die Sozialdemokratie auf den von ihnen für notwendig gehaltenen Verwaltungskostenbeitrag verzichtet. Sparsamkeit und Entlastung der Gewerbesteuerzahler, eine gute und sachliche Steuerpolitik erscheint ihnen nicht so notwendig; sie wollen unter allen Umständen mit der Sozialdemokratie zusammen Preussen beherrschen. Daher dieser kümmerliche Ersatz, dieses kläglich Machwerk (Lebhafter Beifall rechts)

Abg. Szillat (Soz.):

Mit noch grösserer Deutlichkeit als heute hier im Hause haben im Hauptausschuss die Vertreter der bürgerlichen Parteien erklärt, dass sie auf dem Verwaltungskostenbeitrag bestünden. Angeblich soll Preussen gezwungen sein, den sozial bitteren Weg zu gehen, auch den niedrigst entlohnten Arbeiter mit einer Kopfsteuer zu belegen. Diese Notwendigkeit soll aus der angeblichen Tatsache folgen, dass die grosse Masse der Arbeitnehmer zu den Lasten der Gemeinden nichts Wesentliches beiträgt. Demgegenüber habe ich bereits bei der ersten Lesung nachgewiesen, dass die Klagen über die Gewerbesteuer masslos übertrieben werden. Ich habe statistisch bewiesen, dass der weitaus grösste Teil aller Gewerbebetriebe steuerfrei ist und vom Rest wiederum der grösste Teil nur die niedrigste Steuerstufe bezahlt. (Hört, hört! bei den Soz.) Darauf haben im Hauptausschuss die angeblichen Vertreter des Mittelstandes erwidert, die Tatsache treffe zu, beweise aber nur die geringen Einkommensmöglichkeiten des Mittelstandes. Vergleichen wir also diese Einkommensmöglichkeiten des Mittelstandes mit denen der Arbeitermassen. Wir haben in Preussen 517 585 Gewerbebetriebe, die nicht gewerbesteuerpflichtig sind, weil ihre Inhaber ein Einkommen von 1500 Mark nicht erreichen. Und wir haben in Preussen 10,3 Millionen Arbeitnehmer, die einkommensteuerfrei sind, weil sie 1200 Mark Einkommen nicht erreichen. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.) Deshalb wehren wir uns mit vollem Recht dagegen, den Arbeitnehmern neue Lasten aufzupacken, um die Ge-

werbsteuerpflichtigen zu entlasten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Trifft es denn nun zu, dass die Arbeitnehmer zu den Steuerlasten der Gemeinden verhältnismässig wenig beitragen? Die Gewerbesteuer erbrachte in Preussen im Jahre 1928 465 Millionen, das sind 24,6% des Gesamtsteueraufkommens. Die Grundvermögenssteuer erbrachte 326 Millionen oder 17,1%. Davon werden Zweidrittel oder 11,3% von den Arbeitnehmern getragen. (Hört, hörz! bei den Soz.) Die Einkommensteuererüberweisungen der Gemeinden betragen 334 Millionen, = 17,5% des gesamten Steuereinkommens. Wiederum entfällt die Hälfte des Betrages auf die Lohnsteuer, auf die Arbeitnehmer. Die ständige Erhöhung der Gas- und Elektrizitätstarife in den Städten trifft die breiten Arbeitermassen sehr viel stärker, als jeden anderen Kreis der Bevölkerung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Und wie steht es mit der angeblichen Ausgabefreudigkeit der Gemeinden? Die bürgerlichen Parteien haben in mindestens 75% aller preussischen Gemeinden die überwältigende Mehrheit. Dort haben sie nicht den Mut, den Arbeitslosen den notwendigsten Lebensunterhalt zu versagen. Sie wollen sich deshalb hinter die Deckung von Landesgesetzen verkriechen. Wir lehnen es ab, ihnen dazu die Hand zu bieten. Ebenso müssen wir es ablehnen, von den Warenhäusern eine höhere Lohnsummensteuer zu erheben, wenn diese Massnahme nicht gleichzeitig auf die Grosskonzerne ausgedehnt wird. Diese Grosskonzerne der Industrie verstehen es allerdings wunderbar so zu bilanzieren, dass absolut kein Gewinn übrig bleibt. Würden nach unserer Forderung die Steuerlisten offen gelegt, dann würde mit einem Schlage klar werden, für wen die Arbeitnehmer und ein grosser Teil des Mittelstandes die Steuern aufbringen müssen. Dann wäre die Aufhetzung des Mittelstands gegen die Arbeitnehmer sofort aussichtslos, und der Mittelstand würde mit uns gegen die grossen Kapitalparteien kämpfen. (Sehr gut! bei den Soz.) Natürlich lehnen wir auch eine schärfere Besteuerung der Konsumvereine ab. Auf der anderen Seite können wir uns nicht für die Gewerbesteuerfreiheit der Konsumvereine einsetzen; denn wir können Steuern nicht mit den Kommunisten machen, sondern nur mit den Parteien der politischen Interessengemeinschaft, mit denen wir zusammenarbeiten. Der Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer setzen wir weiteren Widerstand nicht entgegen. Einen Verwaltungskostenbeitrag sozialen Charakters einzuführen ist nach Lage der Reichsgesetzgebung den Ländern nicht möglich. Den bisher vorgetragenen Kopfsteuerplänen wird sich die Sozialdemokratie mit allen parlamentarischen Mitteln widersetzen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Riedel (Dem.): Die Gewerbesteuer ist ungerecht und belastet eine Minderheit. Das Verlangen der Gewerbesteuerpflichtigen, die freien Berufe zu den Lasten mit heranzuziehen, erscheint uns durchaus berechtigt. Wir bedauern, dass ein Ersatz der Gewerbesteuer durch Einkommenssteuereinzuschläge oder andere gerechtere Steuern nach Lage der Reichsgesetzgebung unmöglich ist.

Abg. Donners (W.P.) greift die Konsumvereine und die bürgerlichen Mittelparteien wegen ihrer Haltung zur Gewerbesteuer an.

Abg. Kölges (Ztr.) begrüsst die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer als besonderen Erfolg der Mittelstandsfreunde im Zentrum.

Abg. Dr. Wester (Ztr.): Die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer ist unsinnig, ungerecht und ein toddrohender Schlag gegen alle akademischen Berufsstände.

Damit schliesst die Debatte. Die Abstimmung findet am Mittwoch statt. Es folgt die zweite Lesung des Justizetats. Staatsanwaltschaftsrat Dittmann beantwortet im Auftrage des Justizministeriums die Grosse Anfrage der Sozialdemokraten über die Ermordung des deutschen Staatsangehörigen Leutner-Düsseldorf in Moskau. Die Bemühungen um Aufklärung seien erfolglos geblieben. (Hört, hört! bei den Soz.)

Abg. Dr. Grzimek berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses. - Weiterberatung Mittwoch 12 Uhr.

Landtagsstimmungsbild.

SPD. Berlin, den 25. März (Eig. Ber.)

Preussen hat drei Realsteuern: Hauszinssteuer, Grundvermögenssteuer und Gewerbesteuer. Von diesen drei Steuern hängt im wesentlichen der Etat des Landes und der Gemeinden ab. In Erwartung der neuen Reichsfinanzreform sind diese Steuern in den letzten Jahren jeweils nur für das laufende Etatjahr verlängert worden. Infolgedessen müssen sie jetzt für das Jahr 1930 beschlossen werden. Das wird bei der Grundvermögens- und Hauszinssteuer ohne allzu grossen Widerstand geschehen. Heftig umkämpft ist dagegen seit Jahren die Gewerbesteuer, die angeblich den Mittelstand so schwer belastet, dass er garnicht mehr existenzfähig ist. Seit Jahr und Tag stürmen nicht nur die Oppositionsparteien, sondern auch die Mittelständler der Regierungsparteien gegen die Gewerbesteuer an und verlangen Erleichterung für die bisherigen Gewerbesteuerpflichtigen durch Einbeziehung der freien Berufe bzw. Abschaffung der Gewerbesteuer und Ersetzung durch eine allgemeine Kopfsteuer, die sogenannte Verwaltungsabgabe, die von jedem Gemeindebürger ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens mit 6 oder 9 Mark im Jahre erhoben werden soll.

Gegen diese roheste und ungerechteste Form der Kopfsteuer hat sich die Sozialdemokratie in Preussen mit aller Entschiedenheit und bisher mit Erfolg gewehrt. Sie hat sich schon im Vorjahr bereit erklärt, trotz aller entgegenstehenden Bedenken die Angehörigen der freien Berufe der Gewerbesteuer zu unterwerfen, eine Absicht, die im Vorjahr an dem Einspruch des Staatsrats gescheitert ist. Auch in diesem Jahre hat die Sozialdemokratie vermocht, Zentrum und Demokraten von dem Antrag auf Einführung des Verwaltungskostenbeitrages abzubringen. Hingegen soll wiederum versucht werden, die freien Berufe in die Gewerbesteuer einzufügen.

Darüber gab es am Dienstag im Preussischen Landtag lebhaft Debatten, in denen Abg. Szillat (Soz.) noch einmal die soziale und steuertechnische Ungeheuerlichkeit des Verwaltungskostenbeitrages wirksam darstellte. Die Entscheidung fällt bei der Abstimmung am Mittwoch. Ausserdem steht am Mittwoch der Justizetat auf der Tagesordnung.
